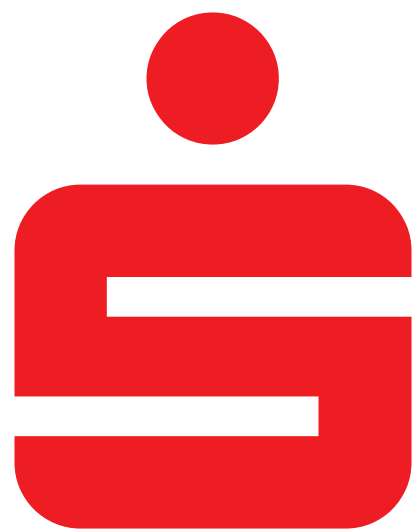


Jahresbericht 2016



Wenn's um Geld geht –
Stadtsparkasse Bad Honnef.

Stadtsparkasse Bad Honnef

Anstalt des öffentlichen Rechts
Handelsregister Siegburg HRA Nr. 3768

Gegründet 1897

Die Stadtsparkasse Bad Honnef ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes in Düsseldorf und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V., Bonn, angeschlossen.

Träger ist die Stadt Bad Honnef.

Lagebericht

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse

Die Stadtparkasse Bad Honnef wird in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts betrieben. Sie ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (RSGV), Düsseldorf, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. (DSGV) angeschlossen. Trägerin der Sparkasse ist die Stadt Bad Honnef.

Grundlage für die Geschäftstätigkeit der Sparkasse ist das Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen (SpkG), das am 29.11.2016 in seiner zuletzt geänderten Fassung in Kraft getreten ist. Die Sparkasse ist unter Wahrung des Regionalprinzips dem im Sparkassengesetz kodifizierten öffentlichen Auftrag verpflichtet, der unter anderem bestimmt, dass die Erzielung von Gewinn nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes ist. In der Satzung der Sparkasse wird das Geschäftsgebiet mit dem Gebiet der Trägerin sowie den Gebieten des Rhein-Sieg-Kreises, der Landkreise Ahrweiler und Neuwied sowie des Gebietes der Stadt Bonn umrissen.

Die Sparkasse gehört über den Sparkassenstützungsfonds des RSGV dem institutsbezogenen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe an. Dieses ist seit dem 3. Juli 2015 als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) anerkannt. Das Gesetz setzt die entsprechende EU-Richtlinie um. In der gesetzlichen Einlagensicherung hat der Kunde gegen das Sicherungssystem einen Anspruch auf Erstattung seiner Einlagen bis zu 100.000,00 €. Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe schützt Einlagen bei einer Sparkasse, einer Landesbank oder Landesbausparkasse. Ziel des Sicherungssystems ist es, wirtschaftliche Schwierigkeiten bei den angeschlossenen Instituten zu verhindern. Dies leistet das System durch die freiwillige Institutssicherung. Auf diese Weise werden die gesamten Geschäftsbeziehungen zu den Kunden umfassend geschützt.

Die formelle Grundlage der Geschäftstätigkeit bildet den Rahmen für das Geschäftsmodell der Sparkasse, die in der Geschäftsstrategie der Sparkasse konkretisiert wird. Die Sparkasse betätigt sich danach als Universalkreditinstitut mit lokalem, realwirtschaftlichem Bezug. Das Kundenspektrum umfasst ohne Einschränkungen nach Einkommens- und Vermögenssituation Privatkunden, Unternehmen, Gewerbetreibende, Freiberufler und Existenzgründer sowie öffentliche Stellen und Nichterwerbsorganisationen.

Eigengeschäfte in Finanzinstrumenten betreibt die Sparkasse zur liquiditäts- und ertragsorientierten Anlage ihrer Mittel sowie zur Steuerung vorhandener Risiken. Das Beteiligungsgeschäft konzentriert sich im Wesentlichen auf strategische Beteiligungen, die dem Verbundgedanken folgen oder Ausdruck der Verantwortung für die Entwicklung des Lebens- und Wirtschaftsraumes Bad Honnef sind.

Die traditionelle Dominanz des Zinsergebnisses unter den Ertragskomponenten ist ein immanenter Bestandteil des Geschäftsmodells. Insofern ist das andauernde Niedrigzinsumfeld von besonderer Bedeutung für das Geschäftsmodell. Die Sparkasse verfolgt daher die Strategie, das Vermittlungsgeschäft zur Erzielung von Provisionserträgen zu stärken, um die Ertragskonzentration in Form des Zinsergebnisses zu mildern und die Ertragslage insgesamt zu stabilisieren.

Markenkern und Wesensmerkmal der Sparkasse ist die Nähe vor Ort, die dem Regionalprinzip folgt und Teil des Geschäftsmodells ist. Aufgrund des räumlich limitierten Geschäftsgebiets sind eine signifikante Kundenreichweite und Produktnutzungsquote Voraussetzungen für das Geschäftsmodell. Damit einher geht der Zwang zur intensiven Nutzung der Marktpotenziale. Marktführerschaft ist insofern ein strategisches Ziel der Sparkasse.

Untrennbar mit dem Geschäftsmodell verbunden ist die Einbindung in den Sparkassenverbund, der die notwendige Infrastruktur für die Geschäftstätigkeit bietet. Die Schnittstelle der Sparkasse zu den Finanz- und – im Kundeninteresse – zu ausländischen Märkten bildet die Sparkassenzentralbank und Girozentrale gemäß § 37 (1) SpkG. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben ist auf die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Helaba) übertragen.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

1.1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2016 um real 1,9% und damit in ähnlicher Größenordnung wie in den beiden vorangegangenen Jahren (2015: +1,7%, 2014: +1,6%).

Positive **Wachstumsimpulse** kamen im vergangenen Jahr vor allem von den Konsumausgaben, die allein 1,8%-Punkte zum Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) beitrugen. Dabei leisteten sowohl der staatliche Konsum (+4%) als auch der private Konsum (+2%) einen überdurchschnittlichen Wachstumsbeitrag. Die gute Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation wirkte wie in den Vorjahren konsumfördernd. Dabei spielte sicherlich das historisch niedrige Zinsniveau eine wichtige Rolle, das eine Erhöhung der Sparleistung unattraktiv erscheinen ließ. Die Sparquote blieb auf dem Niveau des Vorjahres (9,7%).

Das **Volkseinkommen** ist 2016 um 3,3% gestiegen und somit etwas schwächer als 2015 (3,8%). Dabei nahmen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen (+3,0%) schwächer zu als die Arbeitnehmerentgelte (+3,5%). Nach einem kräftigen Plus von 3,1% im Vorjahr legte das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in 2016 nochmals deutlich um 2,8% zu.

Die **staatlichen Konsumausgaben** wurden im vergangenen Jahr mit einem Plus von 4,0% deutlich ausgeweitet (Vorjahr +2,7%). Trotz der Ausgabensteigerungen erzielte der staatliche Sektor (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) in 2016 zum dritten Mal in Folge einen Finanzierungsüberschuss. Dieser belief sich auf 23,7 Mrd. € und war somit absolut gesehen der höchste Überschuss, den der Staat seit der deutschen Wiedervereinigung erzielt hat.

Der langanhaltend positive Trend auf dem deutschen **Arbeitsmarkt** setzte sich auch im vergangenen Jahr fort. Wie die Bundesagentur für Arbeit bekannt gab, erreichte die Zahl der Erwerbstätigen im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand. Im Jahresdurchschnitt waren 43,5 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig, über 400.000 bzw. 1% mehr als in 2015. Insgesamt waren im Dezember nach hochgerechneten Angaben 31,88 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 735.000 mehr als ein Jahr zuvor. Wie schon in den Vorjahren hat dabei die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stärker zugenommen als die Erwerbstätigkeit insgesamt.

Eine Trendwende hat es im vergangenen Jahr möglicherweise bei der **allgemeinen Preisentwicklung** gegeben. In 2016 lag die Inflationsrate mit einem Plus von 0,5% nochmals sehr niedrig, aber erstmals seit 2011 wieder leicht über dem Wert des Vorjahres (+0,3%). Deutlicher als der Jahresdurchschnitt fiel jedoch die Preissteigerung im Jahresverlauf aus. Dabei stieg die Preisdynamik nach einem moderaten ersten Halbjahr vor allem im Herbst 2016 mit Preissteigerungen von +0,7%/+0,8% (jeweils im Vergleich zum Vorjahresmonat) deutlich an. Im Dezember führten deutlich gestiegene Energiepreise zu einer Inflationsrate von +1,7% - eine höhere Rate hatte es zuletzt im Juli 2013 gegeben. Erneut war die Energiepreisentwicklung der wesentliche Bestimmungsfaktor für die Preisentwicklung.

1.2 Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Wie schon im Vorjahr setzte sich auch in 2016 das makroökonomische und finanzielle Umfeld mit außerordentlich niedrigen Zinsen und einem verhaltenen weltweiten Wirtschaftsaufschwung fort. In ihrem Finanzstabilitätsbericht weist die Deutsche Bundesbank darauf hin, dass diese Situation den Aufbau von Risiken begünstige und die ohnehin bestehenden strukturellen Defizite verstärke. So gebe es in einigen Ländern weiterhin Überkapazitäten innerhalb des Bankensystems, aber auch einen verstärkten Wettbewerb durch neue Finanzdienstleistungsangebote. Die Bundesbank sieht daher die Banken gefordert, ihre Geschäftsmodelle daraufhin anzupassen.

Neben dem Abbau des immer noch zu hohen Bestandes an notleidenden Krediten weist die Bundesbank vor allem darauf hin, dass die Stärkung der Eigenkapitalausstattung Grundvoraussetzung für eine adäquate Kreditvergabe an die Realwirtschaft sei.

Die anhaltend niedrigen Zinsen haben dazu geführt, dass die deutschen Banken, deren Erträge traditionell stark vom Zinseinkommen abhängen, vor allem die Fristentransformation ausgebaut haben. Die Bundesbank hält es daher für eminent wichtig, dass die Banken mit einer ausreichenden Kapitalisierung dafür sorgen, aus Fristentransformation und aus Ausfällen im Kreditgeschäft entstehende mögliche Schocks abfangen zu können.

Im Monatsbericht aus November 2016 berichtet die Bundesbank, dass sich auf der Einlagenseite der Abbau langfristiger und der Aufbau kurzfristiger Einlagen fortsetzte. Ursächlich hierfür waren nach Einschätzung der Bundesbank die weiter verringerten Renditevorteile langfristiger Einlagen bei gleichzeitig eingeschränkter Flexibilität. Den Bestand an längerfristigen Spareinlagen mit einer Kündigungsfrist über drei Monaten haben die privaten Haushalte hingegen in den vergangenen Jahren sukzessive reduziert.

Das Kreditgeschäft mit dem heimischen Nichtbankensektor ist nach den Zahlen der Bundesbank bei weitgehend unveränderten Kreditvergabestandards nochmals deutlich ausgeweitet worden. Allein die Kreditvergabe an die öffentlichen Haushalte war – bedingt durch die verbesserte Haushaltslage – rückläufig. Die Neugeschäftsvolumina befinden sich jedoch auf dem durchschnittlichen Niveau der vorangegangenen Jahre.

In einem gesonderten Abschnitt geht die Bundesbank auf die Auswirkungen der Wohnimmobilienkreditrichtlinie (WIKR) ein. Sie stellt fest, dass die Mehrheit der Banken ihre Vergabestandards für Wohnungsbaukredite nicht geändert hat. Da sich die Neugeschäftsvolumina im Durchschnitt der letzten Jahre bewegen, gibt es laut Bundesbank keinen Hinweis auf einen Rückgang der Kreditvergabe für Wohnungsbauzwecke an private Haushalte aufgrund der neuen Gesetzeslage.

Lagebericht

2. Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung der Sparkasse verlief im Geschäftsjahr 2016 in Bezug auf das Kundengeschäft weiter differenziert. Während die Kredite an Kunden gegenüber dem Vorjahr mit -8,9% deutlich sanken, stiegen die Kundeneinlagen und eigenen Emissionen um 2,2% an. Der Wertpapierbestand der Kunden verringerte sich nur noch marginal um 0,4% (Vorjahr: -8,1%). Der Jahresüberschuss sank, vor allem ausgelöst durch den Anstieg des Bewertungsergebnisses und des sinkenden Zinsüberschusses (-5,3%) auf 0,47 Mio. € (-20,0%) gegenüber dem Vorjahr, lag aber im Rahmen der Vorjahresprognose.

Die nachstehende Übersicht stellt die wichtigsten Bilanzzahlen der Sparkasse dar:

	2016 Tsd. €	2015 Tsd. €	Veränderung Tsd. €	Veränderung in %
Bilanzsumme	466.321	495.729	-29.408	-5,9
Geschäftsvolumen	471.000	501.391	-30.391	-6,1
Jahresüberschuss nach Steuern	468	584	-117	-20,0
Kredite				
Forderungen an Kunden	284.345	312.197	-27.852	-8,9
Treuhandkredite	1	2	-1	-50,0
Eventualverbindlichkeiten	4.679	5.662	-983	-17,4
	289.025	317.861	-28.836	-9,1
Liquide Mittel				
Barreserve und Ford. an KI	34.503	46.521	-12.018	-25,8
Wertpapiere	134.136	123.837	10.299	8,3
	168.639	170.358	-1.719	-1,0
Einlagen				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	397.094	386.858	10.236	2,6
täglich fällige Verbindlichkeiten	270.322	243.696	26.626	10,9
befristete Einlagen	4.211	2.476	1.735	70,1
Spareinlagen	113.459	130.237	-16.778	-12,9
Sparkassenbriefe	9.102	10.449	-1.347	-12,9
Sonstiges	0	0	0	0
Sparkassenkapitalbriefe	3.065	4.581	-1.516	-33,1
Inhaberschuldverschreibungen	253	253	0	0
	400.412	391.692	8.720	2,2
Verbindlichkeiten gegenüber KI	26.143	63.622	-37.479	-58,9
Rücklagen inkl. Bilanzgewinn	24.454	23.986	468	1,9
Nachrichtlich: Betreutes Wertpapiervolumen				
Depot B	100.977	101.579	-602	-0,6
DekaBank-Gruppe	41.274	41.247	27	0,1
	142.251	142.826	-575	-0,4

2.1 Bilanzsumme / Geschäftsvolumen / Jahresüberschuss

Die Bilanzsumme sank in 2016 um 5,9% (Vorjahr -4,0%) auf 466,3 Mio. €, das Geschäftsvolumen zeigte eine analoge Entwicklung auf. Der Rückgang fiel stärker aus als von der Sparkasse prognostiziert. Haupttreiber waren dabei die verringerten Kredite an Kunden (-9,1%) und der Abbau der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (-58,9%). Die Einlagen verzeichneten einen Anstieg von 2,2% auf 400,4 Mio. €, der in dieser Höhe ebenfalls nicht erwartet wurde. Haupttreiber waren dabei die Sichteinlagen, die um 10,9% auf 270,3 Mio. € anwuchsen.

Der Jahresüberschuss nach Steuern erreichte 0,47 Mio. € und liegt damit deutlich unter dem Vorjahresergebnis (-20,0%). Dabei konnte das Betriebsergebnis vor Bewertung gegenüber dem Vorjahr deutlich auf 0,49% der Durchschnittsbilanzsumme (DBS) ausgeweitet werden. Ursächlich für das verbesserte Betriebsergebnis waren der über dem Vorjahresergebnis liegende Provisionsüberschuss und der reduzierte gesamte ordentliche Aufwand, die den Rückgang des Zinsüberschusses überkompensieren konnten. Die Sparkasse konnte dabei das deutlich schlechter als erwartete Bewertungsergebnis voll aus dem laufenden Ergebnis abdecken. Dabei profitierte die Sparkasse auch von einer durch Sondereffekte ausgelösten Steuererstattung. Die Sparkasse hat die freiwilligen Vorsorgereserven nach § 340 g HGB nochmals marginal aufgestockt.

2.2 Kredite

Die Forderungen an Kunden verringerten sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 8,9% (Vorjahr: 0,0%) und lag damit deutlich unter dem Planwert von 1,0%. Im Durchschnitt erhöhten sich die Bestände der rheinischen Sparkassen um 0,6% (Vorjahr 0,7%).

Dabei verringerte sich das Kreditgeschäft an Privatpersonen um 2,8% (Vorjahr: +1,4%), die Ausleihungen an Unternehmen sanken um 6,1% (Vorjahr: -6,5%) und die Ausleihungen an öffentliche Kreditnehmer um 85,5% (Vorjahr +37,5%) gleichermaßen deutlich. Ursächlich für die Abnahme im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen war die wie erwartet mangelnde lokale Prosperität und damit einhergehende begrenzte Nachfrage nach Investitionskrediten. Bei den Ausleihungen an Privatpersonen ist der Rückgang vor allem auf die seit dem 2. Quartal 2016 deutlich nachlassende Dynamik des Wohnungsbaugeschäftes in Bad Honnef und auf den aufgrund der Vermögenslage in Bad Honnef und den mangelnden Anlagealternativen höheren Eigenkapitaleinsatz der Kunden zurückzuführen. Insofern wurden die Erwartungen für das Jahr 2016, die eine verhaltene Zunahme des Kreditbestandes beinhalteten, deutlich verfehlt.

Im Hinblick auf die Fristigkeiten reduzierten sich die langfristigen Forderungen mit -3,6% (Vorjahr: +0,8%) unterdurchschnittlich. Die kurzen Laufzeiten gingen um 49,4% zurück (Vorjahr: -7,2%), und die mittelfristigen Forderungen sanken um 40,0% (Vorjahr: -5,9%).

2.3 Beteiligungen

Der Buchwert der Beteiligungen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahreswert um 4,3% auf 7,6 Mio. €. Relevante Veränderungen ergaben sich aufgrund der Kapitalerhöhung der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse um 0,3 Mio. €. Daneben wurde eine kleinere Beteiligung verkauft, bei einer Beteiligung ergab sich eine geringfügige Zuschreibung und bei einer weiteren Beteiligung eine geringfügige Abschreibung. Eine Beteiligung befindet sich planmäßig in der Liquidation. Neue Beteiligungen ist die Sparkasse nicht eingegangen. Die Dominanz der Beteiligung am RSGV sowie verbandsnaher Beteiligungen mit strategischer Bedeutung im Beteiligungsportfolio hat sich in 2016 leicht erhöht. Über den RSGV werden unter anderem Beteiligungen an der Deka Bank, der Provinzial Rheinland, der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse und der Finanz Informatik (FI) gehalten.

2.4 Liquide Mittel / Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die liquiden Mittel verringerten sich in der Summe in 2016 um 1,7 Mio. € (-1,0%; Vorjahr: -10,9%). Dabei reduzierten sich die Forderungen an Kreditinstitute um 16,7 Mio. € (-43,3%; Vorjahr: -7,5%) deutlich, während der Wertpapierbestand um 10,3 Mio. € (+8,3%; Vorjahr: -33,4%) zunahm. Die Barreserven trugen ebenfalls mit einem Zuwachs von 4,7 Mio. € (+58,2%; Vorjahr: -22,5%) zu der Veränderung bei. Die Position „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“, in der u.a. die Spezialfonds der Sparkasse geführt werden, stieg um 5,4 Mio. € (+5,2%; Vorjahr: -4,9%).

Lagebericht

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verzeichnen einen deutlichen Rückgang in Höhe von 37,5 Mio. € (-58,9%; Vorjahr: -27,5%), wobei sich die längerfristigen Verbindlichkeiten um 32,3 Mio. € (-56,4%) und die täglich fälligen Verbindlichkeiten um 5,2 Mio. € (-81,8%) reduzierten.

2.5 Kundeneinlagen und eigene Emissionen

Die Kundeneinlagen und eigenen Emissionen stiegen in 2016 um 2,2% (Vorjahr +0,7%) weiter an, wobei der Zuwachs aber deutlich unter dem Durchschnitt aller rheinischen Sparkassen (+3,8%; Vorjahr: +2,1%) lag.

Die Fristigkeitsstruktur innerhalb des Einlagenbestandes veränderte sich aufgrund der fehlenden Anlagealternativen weiter zugunsten liquider Anlagen. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten stiegen um 10,9% (Vorjahr: +4,4%) auf 270,3 Mio. €, befristete Einlagen erhöhten sich um 70,1% (Vorjahr: -58,5%) auf 4,2 Mio. €. Der Bestand an Sparkassenbriefen ging aufgrund des derzeit ausgesetzten Vertriebs auf 9,1 Mio. € (-12,9%) wie im Vorjahr (-15,8%) deutlich zurück. Da die Neuemission von Inhaberschuldverschreibungen eingestellt wurde, verharrt der Bestand bei 0,3 Mio. € und ist damit nur noch von untergeordneter Bedeutung. Die Spareinlagen verringerten sich um 12,9% (Vorjahr: +0,4%) auf 113,5 Mio. € deutlich. Im Ergebnis ist – wie im Durchschnitt aller rheinischen Sparkassen – festzustellen, dass zinsinduziert die Präferenz der Kunden für liquide Einlageformen weiter zugenommen hat. Dabei hat der Rückgang im Gegensatz zum Durchschnitt aller rheinischen Sparkassen auch die Spareinlagen erfasst. Im Ergebnis zeigen die Kundeneinlagen und eigenen Emissionen das Bild, das für das Jahr 2016 im Prognosebericht gezeichnet wurde.

2.6 Wertpapiergeschäft

Das Wertpapiergeschäft mit den Kunden der Sparkasse verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr trotz der weiterhin hohen Volatilität der Aktien- und Rentenmärkte deutlich. Dabei entschieden sich aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus deutlich mehr Kunden für Anlagealternativen in den Wertpapiermärkten als in den Vorjahren. Die Wertpapierankäufe der Kunden stiegen demzufolge um insgesamt 14,1% auf 36,6 Mio. € an, während sich die Verkäufe um 17,3% auf 36,7 Mio. € ermäßigten. Dadurch lag der negative Wertpapiernettoabsatz mit -0,1 Mio. € deutlich unter dem Vorjahreswert von -12,3 Mio. €. Der Wertpapierbestand der Kunden nahm im zurückliegenden Jahr trotz vor allem am Jahresende verbesserter Kurse um 0,4 % (Vorjahr: -7,9%) auf 142,3 Mio. € ab.

Vom Wertpapierbestand unserer Kunden werden 101,0 Mio. € (-0,6%; Vorjahr: -13,5%) in den Depots bei der DWP-Bank verwaltet. 41,3 Mio. € (+0,1%; Vorjahr: +8,4%) werden bei der Deka-Gruppe in Form von Fondsanteilen, Vermögensverwaltungsprodukten und Zertifikaten gehalten, die von der Sparkasse vermittelt wurden.

2.7 Bausparen / Immobilien / Versicherungen

Die Sparkasse konnte im **Bauspargeschäft** im abgelaufenen Jahr nicht an die deutlich besseren Ergebnisse der Vorjahre anknüpfen. Die neu abgeschlossenen Bausparverträge reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 36,2% auf 120 Verträge (Vorjahr: -16,4%).

Der Immobilienmarkt in Bad Honnef war in 2016 geprägt von einer hohen Nachfrage nach Wohnimmobilien bei einem vergleichsweise sehr niedrigen Angebot. Die Anzahl der **Immobilienvermittlungen** verringerte sich daher in 2016 deutlich von 89 auf 79 Objekte (-11,2%; Vorjahr: -5,3%). Der Ertrag aus den Vermittlungen (Verkäufe und Vermietungen) bewegt sich immer noch auf einem, bezogen auf die letzten Jahre, durchschnittlichen Niveau, sank jedoch relativ deutlicher als die Anzahl der Objekte.

Die Vermittlung von Altersvorsorgeverträgen (Lebensversicherungsverträge inkl. Riester-Verträge und betriebliche Altersvorsorge) verzeichnete in der Stückbetrachtung einen leichten Anstieg und lag mit 268 Verträgen um 0,8% über dem Vorjahreswert (266 Verträge).

Die übrigen Personenversicherungen konnten mit 179 (Vorjahr: 170) Abschlüssen weiter gesteigert werden und liegen damit um 5,3% über 2015. Die Zahl der vermittelten Sachversicherungen reduzierte sich nach dem sehr guten Ergebnis aus 2015 um 25,8% auf 325 Verträge (Vorjahr: 438 Verträge).

Der insgesamt erfreuliche Verlauf des Vermittlungsgeschäfts bestätigt die Zielrichtung der Sparkasse, systematisch den Ausbau des Provisionsgeschäfts voranzutreiben.

Lagebericht

2.8 Eigenanlagen

Der Bestand der Wertpapiereigenanlagen der Sparkasse stieg um 8,3% auf 134,1 Mio. €, nachdem im Vorjahr das Volumen noch um 11,1% gesunken war. Dabei nahmen die Direktanlagen in Schuldtiteln um 4,9 Mio. € auf 25,1 Mio. € zu. Die Anlagen in Spezialfonds stiegen ebenfalls um 6,0 Mio. € (+6,0%; Vorjahr: -4,9%). Die sonstigen Fonds reduzierten sich um 0,7 Mio. € (-16,1%; Vorjahr -4,6%) und hatten damit nur eine geringfügige Auswirkung auf den Gesamtbestand. Spezialfonds und sonstige Fonds werden in der Position „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen. Die Sparkasse hat im Berichtsjahr Abschreibungen in Höhe von 1,4 Mio. € (Vorjahr: keine Abschreibungen) auf Wertpapieranlagen verbucht.

Die Eigenanlagen der Sparkasse verteilten sich auf folgende Anlageklassen:

Aufteilung der Anlageklassen	31.12.2016		31.12.2015	
	Marktwert Tsd. €	Anteil Eigen- Anlagen (%)	Marktwert Tsd. €	Anteil Eigen- anlagen (%)
Kasse und Geldmarktpositionen	4.064	3,0%	4.593	3,7%
Renten (verzinsliche Papiere)	118.393	87,3%	104.920	83,8%
Zertifikate	1.960	1,4%	4.234	3,4%
Immobilienfonds	9.177	6,8%	9.534	7,6%
Aktienfonds	1.997	1,5%	1.935	1,5%
Sonstige	0	0,0%	0	0,0%
	135.591	100,0%	125.216	100,0%

Umwidmungen von Eigenanlagen aus dem Umlaufvermögen in das Anlagevermögen wurden nicht vorgenommen.

Angesicht der anhaltenden Diskussion über die Staatsverschuldung im Euro-Währungsraum stellen wir nachstehend die Risiken von Emittenten aus wirtschaftsschwachen Staaten dar:

Länderrisiken Land des Emittenten Alle Anlageklassen	31.12.2016		31.12.2015	
	Marktwert Tsd. €	Anteil Eigen- Anlagen (%)	Marktwert Tsd. €	Anteil Eigen- anlagen (%)
Irland	979	0,7%	922	0,7%
Italien	5.617	4,2%	2.608	2,1%
Spanien	5.956	4,4%	6.138	4,9%
	12.552	9,3%	9.667	7,7%

Der Anteil der Anleihen wirtschaftsschwacher Staaten erhöhte sich in 2016 von 7,7% der Eigenanlagen auf 9,3% der Eigenanlagen. Forderungen gegenüber Schuldern aus den EU-Mitgliedsstaaten Griechenland und Portugal bestehen nicht.

3. Darstellung und Analyse der Lage

3.1 Ertragslage

Das Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung der Sparkasse entwickelte sich im Geschäftsjahr 2016 insgesamt noch zufriedenstellend, wobei der Jahresüberschuss nach Steuern um 20,0% auf 0,47 Mio. € (Vorjahr: -40,0%) absank und damit deutlich unter dem Ergebnis des Jahres 2015 liegt.

Zu dem Ergebnis des Jahres 2016 im Einzelnen: Der Zinsüberschuss – einschließlich laufender Erträge (gem. GuV, Pos. 3) – reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,3% auf 8,5 Mio. € (Vorjahr: -9,7%). Zinserträge und -aufwendungen gingen jeweils um 1,8 Mio. € zurück. Der Rückgang des Zinsüberschuss wurde in großem Maße durch die Verringerung der laufenden Erträge – im Wesentlichen handelt es sich um Erträge aus den Spezialfonds – ausgelöst. Der Zinsaufwand verringerte sich zwar in gleichem Umfang wie der Zinsertrag deutlich, da der Zinsaufwand jedoch nur noch ein Drittel der Zinserträge inkl. laufender Erträge erreicht, sind hier weitere Senkungspotenziale begrenzt. Die Belastung der Ertragslage durch Negativzinsen hatte in 2016 nur eine geringe Bedeutung.

Die Zinsspanne, die den nach den bundeseinheitlichen Regeln des Betriebsvergleiches der Sparkassen modifizierten Zinsüberschuss zur Durchschnittsbilanzsumme (DBS) in Beziehung setzt, sank vor allem aufgrund der deutlich gesunkenen DBS (-4,5%) nur geringfügig von 1,86% auf 1,84%.

Die Bewertung der Rückstellungen für Passivprodukte, z. B. aufgrund von während der Vertragslaufzeit steigenden Prämienansprüchen bei Ratensparverträgen, erfolgt seit 2015 auf Basis einer effektivzinskonstanten Verteilung der Aufwendungen. Durch diese Bewertungsmethode wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse transparenter dargestellt.

Der Provisionsüberschuss wurde auf 3,8 Mio. € (+3,2%) verbessert und lag damit im Rahmen der zum Jahresbeginn gesteckten Zielen. Insbesondere die Erträge aus der Vermittlung von Versicherungen, die Erträge aus dem Wertpapiergeschäft mit Kunden und die Provisions- und Gebührenerträge im Giroverkehr konnten dabei überproportional gesteigert werden und lagen damit über den Erwartungen. Im Bauspargeschäft und auch bei der Vermittlung von Immobilien konnten die gesteckten Ziele nicht erreicht werden.

Insgesamt stiegen die Erträge (GuV, Pos. 1 bis 9) um 0,2% auf 12,7 Mio. €. Gleichzeitig nahm der Gesamtaufwand (GuV, Pos. 10 bis 12) nur geringfügig um 0,3% auf 10,7 Mio. € zu. Die in der GuV-Position 10 ausgewiesenen allgemeinen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 1,7% auf 10,3 Mio. €. Der darin enthaltene Personalaufwand erhöhte sich um 0,4 Mio. € (+6,1%; Vorjahr: -2,2%). Die überdurchschnittliche Steigerung der Personalkosten ist dabei zu zwei Dritteln auf die Veränderung der Pensionsrückstellungen und zu einem Drittel auf die tariflichen Gehaltssteigerungen zurückzuführen und konnte durch die Reduzierung der Mitarbeiter nicht kompensiert werden. Insgesamt lag die Veränderung der Personalkosten aber im Rahmen der Erwartungen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich um 7,1% auf 3,1 Mio. €.

Die nach den Regeln des Betriebsvergleiches ermittelte Cost-Income-Ratio, das Verhältnis von ordentlichen Kosten zu ordentlichem Ertrag, konnte aufgrund der beschriebenen Wirkungszusammenhänge von 83,4% auf 81,6% gesenkt werden. Die nachhaltige Verbesserung dieser Kennzahl ist nach wie vor ein wichtiges Ziel der Unternehmenspolitik der Sparkasse.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft beliefen sich nach Saldierung mit entsprechenden Erträgen auf eine Belastung von 1,7 Mio. € (Vorjahr: Belastung 1,2 Mio. €). Der auf das Kreditgeschäft entfallende Teil des Saldo belastete das Ergebnis mit 0,3 Mio. € in 2016 nach einer Entlastung in 2015 von 0,8 Mio. €. Der Saldo aus der Bewertung von Forderungen und bestimmten Wertpapieren belastete das Ergebnis mit 1,3 Mio. € nach einem positiven Ergebnis von 0,6 Mio. € in 2015. Der Gesamtbetrag der Belastungen konnte aus dem laufenden Ergebnis der Sparkasse gedeckt werden.

Die GuV-Position 15 (Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen sowie Abschreibungen auf Wertpapiere im Anlagevermögen) lag wie im Vorjahr bei 0,0 Mio. €.

Die Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren (GuV-Position 16) wurden mit einem marginalen Betrag mit 0,0 Mio. € (Vorjahr: 0,6 Mio. €) ausgewiesen.

Lagebericht

Bei der im Vorjahr dokumentierten zweckgebundenen Teilzuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken (GuV-Position 18) in Höhe von 0,2 Mio. € zur Bildung einer bilanziellen Vorsorge im Zusammenhang mit der Abwicklungsanstalt zur Stabilisierung der Westdeutschen Landesbank AG (siehe Kapitel C „Risikoberichterstattung“, Punkt 4.1.2) wurde die Zweckbindung im Jahresverlauf 2016 aufgehoben.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit reduzierte sich um 0,7 Mio. € (-73,5%) auf 0,2 Mio. €.

Aufgrund von Sondereffekten wird für Steuern vom Einkommen und Ertrag eine Erstattung von 0,3 Mio. € verbucht nach einem Steueraufwand von 0,2 Mio. € im Vorjahr.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 0,47 Mio. €. Im Vorjahr belief sich der Jahresüberschuss auf 0,58 Mio. €. Der ausgewiesene Bilanzgewinn in Höhe von 0,47 Mio. € soll vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses des Trägers der Sicherheitsrücklage zugeführt werden.

Das gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Verhältnis von Jahresüberschuss und Bilanzsumme zum 31.12.2016 beträgt 0,100% (Vorjahr: 0,118%).

3.2 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr aufgrund der planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Die eingeräumte Kreditlinie bei der Helaba wurde dispositionsbedingt in Anspruch genommen. Offenmarktgeschäfte bei der Deutschen Bundesbank wurden nicht abgeschlossen und die Kreditlinie bei der Deutschen Bundesbank wurde nicht in Anspruch genommen.

Der Liquiditätsgrundsatz der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde stets eingehalten. Für die Sparkasse ergab sich zum Jahresende eine Liquiditätskennzahl von 2,51 (Vorjahr: 2,69). Sie liegt deutlich über dem vorgeschriebenen Mindestwert von 1,0.

Die seit dem 01. Oktober 2015 gemäß der Kapitaladäquanzrichtlinie (englisch: Capital Requirements Regulation (CRR)) stets zu erfüllende Liquidity Coverage Ratio (LCR) wurde ebenfalls immer eingehalten. Hier ergab sich für die Sparkasse zum Jahresende eine Kennzahl von 1,44 (im Vorjahr 1,36). Sie lag damit über dem im Jahr 2016 vorgeschriebenen Mindestwert von 0,7.

3.3 Vermögenslage

Nach der Zuführung des Bilanzgewinns – vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses des Trägers – wird sich die Sicherheitsrücklage auf 24,5 Mio. € belaufen; das entspricht einem Plus von 1,9% gegenüber dem Vorjahr. Neben der Sicherheitsrücklage und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken verfügt die Sparkasse über ergänzende Eigenkapitalbestandteile.

Die Kernkapitalquote lag mit 15,4% (Vorjahr: 13,7%) gem. Solvabilitätsverordnung (SolvV) deutlich über den gesetzlichen Anforderungen von 6,0%. Darüber hinaus hat die Sparkasse im Rahmen des aufsichtlichen Bewertungs- und Überprüfungsprozesses (englisch: Supervisory Review and Evaluation Process – SREP) im Jahr 2016 einen SREP-Bescheid erhalten, der einen Kapitalzuschlag von 0,25%-Punkten vorsieht. Das Verhältnis der anrechenbaren Eigenmittel bezogen auf den Gesamtrisikobetrag gemäß CRR (Gesamtkapitalquote) überschritt per 31.12.2016 mit 17,8% (Vorjahr: 15,1% gem. SolvV) bei einer Bandbreite im Berichtsjahr von 15,2% bis 17,8% deutlich die sich aus CRR und SREP-Zuschlag ergebende Gesamtkapitalquote von 8,25%, wobei der SREP-Zuschlag ausschließlich aus Kernkapital dargestellt werden kann. Der ebenfalls aus Kernkapital zu bildende Kapitalerhaltungspuffer für das Jahr 2016 in Höhe von 0,625%-Punkten konnte ebenfalls dargestellt werden, wie auch die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mitgeteilte Eigenmittelzielkennziffer in Höhe von 1,6%-Punkten, die mit dem Kapitalerhaltungspuffer verrechnet werden kann. Die Teile des Fonds für allgemeine Bankrisiken, die auf die Verlustausgleichsverpflichtung für die Abwicklungsanstalt gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz zur Stabilisierung der (ehemaligen) Westdeutschen Landesbank AG (WestLB AG) entfallen, bleiben in den Eigenmitteln unberücksichtigt (siehe Punkt C 4.1.2).

Lagebericht

Das ergänzende Eigenkapital – das zusammen mit der Sicherheitsrücklage die anrechenbaren Eigenmittel der Sparkasse bildet – besteht aus anrechenbaren Teilen von Sparkassenkapitalbriefen mit Nachrangabrede; der Bestand beträgt zum Jahresende 3,0 Mio. € (Vorjahr: 4,5 Mio. €).

Im Zuge der Umsetzung der CRR und der Capital Requirements Directive IV (CRD IV) werden die für das haftende Eigenkapital anrechenbaren Beträge des Altbestandes (nach Übergangsregelung) im Rahmen der vorgesehenen Übergangsfrist bzw. der Fälligkeiten bis Anfang des Jahres 2020 abschmelzen. Die Sparkasse verfolgt grundsätzlich das Ziel, die Eigenmittel durch Gewinnthesaurierung aufzustocken, schließt temporäre Neuaufnahmen von Nachrangmitteln jedoch nicht aus.

Die Strukturen auf der Aktivseite der Bilanz – gemessen an der Bilanzsumme – haben sich leicht zu Ungunsten der Forderungen an Kunden 61,0% (Vorjahr: 63,0%) verschoben. Die eigenen Wertpapiere lagen bei 28,8% (Vorjahr: 25,0%) und das Gewicht der Forderungen an Kreditinstitute verringerte sich erneut auf nunmehr 4,7% (Vorjahr: 7,8%).

Auf der Passivseite erhöhte sich der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden von 78,0% auf 85,2%, während die Quote der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 12,8% auf 5,6% der Bilanzsumme zurückging. Dabei wurden mehrere Fälligkeiten nicht wieder aufgenommen, da aufgrund der schwachen Entwicklung des Kreditgeschäftes kein Aufnahmebedarf bestand.

Die Bewertung des Wertpapierbestandes erfolgte unter Anwendung des strengen Niederstwertprinzips.

Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen wurde den Risiken im Kreditgeschäft, bei den eigenen Wertpapieren und den sonstigen Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen. Für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute besteht zusätzlich Vorsorge. Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

3.4 Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund des intensiven Wettbewerbs und der ertrags- und risikoorientierten Bilanzpolitik des Instituts ist die Stadtparkasse Bad Honnef mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2016 noch zufrieden. Die Vermögenslage stellt sich gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert dar. Allerdings ist es auch weiterhin erforderlich, die Eigenmittel aus Jahresüberschüssen nachhaltig zu stärken.

4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

4.1 Personal- und Sozialbereich

Die Gesamtzahl der Beschäftigten – einschließlich der Auszubildenden – ging mit 98 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Vorjahr: 102) leicht zurück. Die Sparkasse beschäftigte 68 vollzeit- und 23 teilzeitbeschäftigte Angestellte sowie sieben Auszubildende. Das Altersteilzeitmodell wurde zum Jahresende von sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genutzt (Vorjahr: acht). Drei Auszubildende (Vorjahr: fünf) beendeten erfolgreich ihre Ausbildung. Diese wurden nicht in ein befristetes oder unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen.

Besonderes Augenmerk hat die Sparkasse auch im Jahre 2016 auf die gezielte Weiterbildung, Förderung und Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelegt.

4.2 Spenden und Stiftungen

Die Stadtparkasse Bad Honnef und ihre Stiftung stellten auch im Jahre 2016 ihr gesellschaftliches Engagement unter Beweis. So wurden Aktivitäten im kulturellen, sozialen und sportlichen Bereich mit insgesamt 0,1 Mio. € in Form von Spenden und Sponsoring unterstützt.

C. Chancen und Risikobericht

1. Risikomanagementsystem

Für das Risikomanagement hat die Sparkasse als Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a KWG ein Risikosteuerungs- und Überwachungssystem eingerichtet. Dieses System umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen und die notwendigen Kontrollprozesse. Grundlage für das Risikomanagementsystem ist das Strategiebuch der Sparkasse, das die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie umfasst. Dabei wird die Risikostrategie zu einzelnen Aspekten durch Teilstrategien ergänzt. Die Verantwortung für die Strategien und die Entwicklung des Risikomanagementsystems liegt beim Gesamtvorstand.

2. Risikostrategien und Prozesse

2.1 Risikostrategie

Die zur Geschäftsstrategie konsistente Risikostrategie beinhaltet die Definition des Risikoverständnisses und der Risikoneigung der Sparkasse sowie die Ziele des Risikomanagements. Sie umfasst zudem die Analyse der wesentlichen Risiken der Sparkasse, die eingesetzten Methoden zur Risikosteuerung, die eruierten Risikokonzentrationen sowie die festgelegte Risikoausrichtung der Sparkasse. Zielsetzung der Risikostrategie ist der Schutz des Vermögens der Sparkasse. Die Strategien werden mindestens jährlich überprüft und dem Verwaltungsrat der Sparkasse bzw. dem von ihm gebildeten Risikoausschuss zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

Unter dem Risikobegriff versteht die Sparkasse eine Verlust- oder Schadensgefahr, die durch von den Erwartungen abweichende ungünstigere zukünftige Entwicklungen entsteht und in deren Folge eine Vermögensminderung eintreten kann („enger“ Risikobegriff).

Risiken geht die Sparkasse bewusst im Rahmen ihrer Risikotragfähigkeit ein. Entscheidungskriterium für die Übernahme von Risiken im Einzelfall bzw. bei einem bestimmten Portfolio ist eine günstige Risiko-/Ertragsrelation. Bei einer ungünstigen Relation sorgt die Sparkasse für eine Kompensation oder Verminderung der Risiken. Risiken mit einem vertretbaren Schadenspotenzial werden akzeptiert. Grundsätzlich sollen Risikokosten über Risikoprämien neutralisiert werden.

In ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung nimmt die Sparkasse eine risikoneutrale Position ein. Diesem Ansatz folgend, sind spiegelbildlich zu den Risiken Chancen im Wesentlichen bereits in der Gewinn- und Verlustrechnung der Sparkasse als Erträge abgebildet. Darüber hinausgehende Chancen können in einer günstigen Entwicklung von Märkten liegen, an denen die Sparkasse durch bestehende Vermögenspositionen partizipieren kann. Einen gezielten Aufbau solcher Positionen in Erwartungen bestimmter Marktentwicklungen zur Erzielung von Erträgen nimmt die Sparkasse nicht vor.

Der Risikomanagementprozess umfasst die Erkennung, Bewertung, Messung, Berichterstattung, Steuerung und Kontrolle der Risiken. Der Risikomanagementprozess der Sparkasse ist in der Risikostrategie sowie im Risikohandbuch dokumentiert.

Die Erkennung und Bewertung der Risiken erfolgt im Rahmen der regelmäßig jährlich und darüber hinaus anlassbezogen durchzuführenden Risikoinventur, in der ausgelagerte Bereiche implizit berücksichtigt werden. Sind Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten geplant, wird dieser Aspekt unterjährig in einer Testphase zur Bewertung des Risikopotenzials und zur Installation adäquater Prozesse berücksichtigt. Als wesentliche Risiken hat die Sparkasse Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts-, Beteiligungs- und operationelle Risiken identifiziert.

Adressenausfall-, Liquiditäts-, Marktpreis-, Beteiligungs- und operationelle Risiken werden in das Risikotragfähigkeitskonzept, das methodisch in der periodenorientierten Sicht erstellt wird, einbezogen. Im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes sind Risiken als unerwartete Verluste definiert. Erwartete Verluste werden bei der Ermittlung des Risikodeckungspotenzials aus Ergebnisgrößen als Bewertungsergebnis berücksichtigt. Teil des Risikotragfähigkeitskonzeptes sind die Festlegung des Gesamtbanklimits und die Ableitung der Sublimate für die Risikokategorien bzw. -arten. Darüber hinaus wurden für die einzelnen Risikokategorien und -arten Warnschwellen festgelegt, bei deren Überschreiten der Vorstand informiert wird und ggf. Maßnahmen anstoßen kann.

Das Risikomanagement der Stadtsparkasse Bad Honnef wird den aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend in einem vom Markt unabhängigen Bereich wahrgenommen.

2.2. Risikolage der Sparkasse

Im Vergleich zum Vorjahr stieg das Gesamtbankrisiko im Jahresverlauf um 12,5% an. Haupttreiber war dabei der Anstieg des Marktpreisrisikos, der nur in geringem Maße durch den Rückgang der Adressenausfallrisiken kompensiert werden konnte. Der Anstieg des Marktpreisrisikos ist dabei hauptsächlich auf den Anstieg schwebender Verluste im Bereich der eigenen Wertpapiere zurückzuführen.

Das Risikodeckungspotenzial erhöhte sich durch Thesaurierung des Bilanzgewinns und Zuführung zu den Rücklagen nach § 340 f HGB im Jahresverlauf 2016 deutlich und konnte den Abschmelzungseffekt des Ergänzungskapitals (Sparkassenkapitalbriefe) überkompensieren. Die Sparkasse setzte im zurückliegenden Jahr im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung 22,1% ihres Risikodeckungspotenzials (inkl. Nachrangkapital) zur Unterlegung des Gesamtbanklimits ein (Vorjahr: 19,9%). Gegenüber dem Vorjahr ist das Gesamtbanklimit um 14,3% gestiegen (2015: -14,7%). Für das Jahr 2017 wird das Gesamtbanklimit deutlich um 31,3% erhöht, da sich die Risikowerte durch gesunkene Korrelationseffekte bei den von der Sparkasse gehaltenen Investmentfonds durch die jetzt erforderliche Betrachtung der in den Fonds enthaltenen Einzelwerte deutlich erhöht haben.

Am Risikodeckungspotenzial gemessen, wurden 53,4% (Stichtag 31.12.2015: 48,3%) dieser Größe zur Darstellung der Eigenmittelanforderungen gemäß CRR benötigt. Ausschlaggebend für die Erhöhung war die Einführung des SREP-Zuschlages und der Eigenmittelzielkennziffer, die ab November 2016 zu berücksichtigen waren.

Unter den wesentlichen Risiken war das Adressenausfallrisiko aus Kundenkreditgeschäft – wie im Vorjahr – der größte Risikotreiber. Der Anteil des Sublimits für dieses Risiko am Gesamtbanklimit betrug 40,0%; der Anteil für Adressenausfallrisiken aus Beteiligungen 10,0% und für Bewertungsrisiken aus Wertpapieren 27,5%. Auf das Sublimit für Marktpreisrisiken in Form von Zinsspannenrisiken entfiel 18,8% des Gesamtbanklimits. In diesem Kontext bilden operationelle Risiken und das Refinanzierungskostenrisiko eine Residualgröße.

Die Grundlage für die laufende Risikotragfähigkeitsberechnung bilden Plan- und Risikoszenarien, die im Wesentlichen historische Ereignisse berücksichtigen, von denen ausgehend die Auswirkungen auf die jeweiligen wesentlichen Risiken isoliert ermittelt werden. Des Weiteren werden mathematisch-statistische Verfahren angewendet.

Zur Durchführung von weitergehenden Stresstests werden zusätzlich Extrem-Szenarien aufgestellt, um darüber die Veränderungen der gesamten Risikosituation der Sparkasse zu simulieren. Die Ergebnisse haben den Charakter eines ergänzenden Orientierungsmaßstabes zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit.

Korrelationseffekte zwischen den Risiken quantifiziert die Sparkasse bei der laufenden Risikotragfähigkeitsberechnung nicht. Dieser Aspekt wird jedoch – ergänzend zum Risikotragfähigkeitskonzept – mit den seit dem Jahre 2005 jährlich mit einem Verbundpartner durchgeführten Asset-Liability-Studien abgedeckt.

Die Risikomessung und die Überwachung der Einhaltung der Risikolimits bzw. der Warnschwellen erfolgt fortlaufend. Des Weiteren wird die Wirkung von Steuerungsmaßnahmen kontrolliert. Die Limitauslastungen und die Stresstests fließen in das Berichtswesen ein. Die Entscheidung über Steuerungsmaßnahmen liegt beim Vorstand der Sparkasse.

3. Struktur und Organisation der Risikosteuerung

Die Risikosteuerung der Sparkasse ist nach Risikokategorien bzw. Risikoarten, die die Sparkasse als wesentlich eingestuft hat, strukturiert. Diese Risiken fließen in den Risikomanagementprozess ein. Organisatorisch obliegt der Betriebswirtschaftlichen Abteilung das Erkennen, Messen und Bewerten der Risiken, die Berichterstattung an die Leitungsorgane und die Kontrolle von Steuerungsmaßnahmen. In diese Tätigkeiten ist die Marktfolge-Kredit mit einbezogen. Steuerungsmaßnahmen werden vom Vorstand entschieden und in den Marktbereichen umgesetzt. Die von den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vorgeschriebene Trennung zwischen Marktfolge und Markt hat die Sparkasse für das risikorelevante Kreditgeschäft und das Handelsgeschäft bis auf die Ebene des Vorstandes aufbauorganisatorisch umgesetzt. Die Trennung umfasst ebenfalls die Zwei-Voten-Regelung im risikorelevanten Kreditgeschäft.

4. Wesentliche Risiken

4.1 Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko definiert die Gefahr von Verlusten durch Bonitätsverschlechterungen oder Ausfällen von Geschäftspartnern. Das Ausfallrisiko betrifft das Kreditgeschäft, das Beteiligungsgeschäft, das Emittenten- und Kontrahentenrisiko aus Handelsgeschäften sowie das Länderrisiko. Das Kontrahentenrisiko ist aufgrund der geringen Handelsgeschäftstätigkeit sowie der eng umrissenen Partnerliste und das Länderrisiko aufgrund der geringen Relevanz für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung.

Adressenausfallrisiken geht die Sparkasse grundsätzlich nur im Rahmen festgelegter bzw. bewilligter Limite ein.

4.1.1 Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Die obligatorisch zum Jahreswechsel zu überarbeitende Risikostrategie enthält Aussagen zum Kreditgeschäft mit Kunden. Insbesondere wird die Risikolage unter Berücksichtigung der in der Geschäftsstrategie vorgenommenen Planung und dokumentierten Prognose zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Region dargestellt, bewertet und geeignete Steuerungsmaßnahmen daraus abgeleitet. Ziel ist die Gewährleistung einer hinreichenden Portfolioqualität.

Die Risikosteuerung setzt auf der Einzelkreditnehmerebene an und vollzieht sich im Wesentlichen im Kreditvergabeprozess durch Beachtung der Steuerungsmaßnahmen aus der Risikostrategie. Kreditlimite werden auf Partnerebene täglich überwacht. Bei Überschreitung werden geeignete Maßnahmen unter Berücksichtigung der Risikosituation im Einzelfall ergriffen. Die Risikosteuerung auf Einzelkreditnehmerebene wird durch risikoadjustierte Konditionen im Kreditgeschäft mit Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen unterstützt.

Die Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer basiert auf einer Analyse der Einkommens- und Vermögensverhältnisse. Unterstützt wird die Analyse im Kreditgeschäft mit Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen durch das vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) entwickelte Einzelbilanzanalysesystem (EBIL).

Zur Risikoklassifizierung werden Instrumente der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (SR) eingesetzt. Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen handelt es sich um das Standard-Rating, das das risikorelevante Kreditgeschäft der Sparkasse weit überwiegend abbildet. Bei kleineren gewerblichen Kreditengagements unterhalb der Risikorelevanzgrenze wird für die Bestandsklassifizierung das Kompakt-Rating genutzt, das im Antragsverfahren um das Standard-Rating ergänzt wird. Zudem nutzt die Sparkasse das Immobilien-Rating und im Kreditgeschäft mit Privatkunden das S-Kundenscoring.

Die Erkennung von Kreditrisiken erfolgt mit dem OSPlus Frühwarnsystem der FI. Für den Entscheidungsprozess werden das Kontoführungsverhalten, Erkenntnisse aus dem Rating-Prozess sowie Warnsignale, wie beispielsweise nicht gegebene Kapitaldienstfähigkeit oder sonstige externe (negative) Informationen genutzt. Gegebenenfalls erfolgt dann eine Zuordnung von „auffälligen“ Kreditnehmern in die Intensivbetreuung oder Problemerkreditbearbeitung als Sanierungs- bzw. Abwicklungseingement.

Für die periodenorientierte Quantifizierung der Adressenausfallrisiken setzt die Sparkasse das auf einem statistisch-mathematischen Verfahren basierende EDV-Tool „CPV-Kompakt“ der SR ein, welches in 2017 durch das Nachfolgeprodukt CPV-Light ersetzt wird. Die Ermittlung der erwarteten und unerwarteten Verluste erfolgt in einem monatlichen Turnus.

Risikovorsorgemaßnahmen ergreift die Sparkasse bei Engagements, bei denen die Kapitaldienstfähigkeit nachhaltig und massiv nicht gegeben ist. Die Realisationswerte von Sicherheiten werden bei der Berechnung berücksichtigt. Zur Ermittlung und Bestandspflege von Vorsorgemaßnahmen bei als ausfallgefährdet identifizierten Kreditengagements nutzt die Sparkasse über OSPlus die Anwendung Risikokreditbearbeitung (RKB) der FI. Darüber hinaus schirmt die Sparkasse entsprechend handelsrechtlicher Vorgaben Kreditrisiken mit Pauschalwertberichtigungen ab.

Die ermittelten Risiken werden dem im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes festgelegten Sublimit belastet. Das Sublimit wurde gegenüber dem Vorjahr um 6,7% angehoben. Die Risikoauslastung lag im zurückliegenden Jahr jederzeit innerhalb des Limits, die Warnschwelle von 85% wurde im Rah-

men der monatlichen Überwachung an zwei Stichtagen überschritten. Dies wurde insbesondere durch die temporäre Ratingverschlechterung zweier Engagements ausgelöst. Für das laufende Jahr hat die Sparkasse keine Anhaltspunkte, dass das Sublimit überschritten werden könnte. Das Sublimit bietet die Möglichkeit, zusätzliche Risiken im Kreditgeschäft mit Kunden im Rahmen der Planungen der Geschäftsstrategie einzugehen, und damit die Chance, zusätzliche Erträge zu generieren.

Risikokonzentrationen werden hinsichtlich der Größenklassenverteilung, der Branchenstruktur und -schwerpunkte, der Region (limitierte Reichweite des Geschäftsgebiets) sowie der Sicherheiten (Grundpfandrechte) als grundsätzlich relevant identifiziert und unterliegen in der Risikostrategie einer jährlichen Bewertung. Im Sinne einer Risikodiversifikation zeigt die Schichtung nach Größenklassen eine stabile und granulare Struktur. Die Branchenstruktur folgt der Struktur des Trägergebietes. So überwiegen die Ausleihungen an Private gegenüber denen an Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen im Verhältnis von etwa 60 zu 40. Die Struktur der Kredite an Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige wird insbesondere von der Dienstleistungsbranche und dem Handel dominiert.

Im Hinblick auf Risiken aus grundpfandrechtlichen Sicherheiten ist zu konstatieren, dass Bad Honnef als bevorzugter und gefragter Wohnort über stabile Immobilienpreise verfügt. Besonderes Risikopotenzial aus Konzentrationen ist – wie im Vorjahr – somit nicht gegeben.

4.1.2 Adressenausfallrisiken aus Beteiligungen

Der Umgang mit Beteiligungen ist in der Geschäfts- und der Risikostrategie festgelegt. Das Beteiligungsgeschäft beschränkt sich auf strategische Beteiligungen, die dem Verbundgedanken folgen oder Ausdruck der Verantwortung für die Entwicklung des Lebens- und Wirtschaftsraumes Bad Honnef sind, und Funktionsbeteiligungen, die der Spezialisierung und/oder Bündelung betrieblicher Aufgaben dienen. Zum weit überwiegenden Teil wird das Beteiligungsportfolio von der Pflichtbeteiligung am RSGV dominiert.

Über Umfang, Strukturen, Risiken und Vorsorgemaßnahmen wird jährlich ein Beteiligungsreport erstellt, der an Vorstand und Verwaltungsrat bzw. den von ihm gebildeten Risikoausschuss adressiert ist. Grundlage für den Beteiligungsreport ist unter anderem der Beteiligungsbericht des RSGV, der eine wichtige Grundlage für das Beteiligungscontrolling der Sparkasse bildet.

Die Sparkasse quantifiziert Adressenausfallrisiken aus Beteiligungen für Zwecke des Risikotragfähigkeitskonzeptes im Rahmen einer Expertenschätzung. Diese wird von Erkenntnissen aus einer jährlich fortzuschreibenden Zeitreihe der Ausfälle gestützt, aus der erwartete und unerwartete Verluste mathematisch abgeleitet werden.

Die ermittelten Risiken werden dem im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes festgelegten Sublimit belastet. Die Risikoauslastung lag im zurückliegenden Jahr jederzeit innerhalb des Sublimits und unterhalb der Warnschwelle. Für das laufende Jahr kann die Sparkasse mit Blick auf die Erfahrungen in den Vorperioden nicht ausschließen, dass es zu einer Belastung des Sublimits kommen kann, deren Höhe nicht prognostizierbar ist.

Zudem ist die Sparkasse als Mitglied des RSGV in Höhe ihrer Beteiligungsquote (0,3410%) an dessen Verlustausgleichsverpflichtung im Zusammenhang mit der Abwicklungsanstalt gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz zur Stabilisierung der WestLB AG beteiligt. Danach hat der RSGV für tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital dieser Anstalt von 3,0 Mrd. € und deren erzielten Erträgen ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. € einzustehen. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung keine Rückstellung zu bilden.

Für das Risiko der Sparkasse, während der langen Abwicklungsdauer wegen der Verlustausgleichsverpflichtung des RSGV in Anspruch genommen zu werden, hat die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren die Verpflichtung übernommen, aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge zu bilden. Diese Verpflichtung kann bei Erfüllung bestimmter Bedingungen ausgesetzt werden. Mit dem 31.12.2014 hatte die Sparkasse die anteilige Mindestansparsumme erreicht. Auch die übrigen Bedingungen, die ein Aussetzen ermöglichen, wurden erfüllt, so dass die Sparkasse die Zweckbindung der für das Geschäftsjahr 2015 gebildete Vorsorgemaßnahme in Höhe von 0,2 Mio. € durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g Handelsgesetzbuch aufgehoben hat. Im haftenden Eigenkapital und im Risikodeckungskapital für Zwecke des Risikotragfähigkeitskonzeptes werden weiter die Dotierungen bis zum 31.12.2014 nicht berücksichtigt.

4.1.3 Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Eigengeschäfte in Finanzinstrumenten (Handelsgeschäfte) betreibt die Sparkasse zur liquiditäts- und ertragsorientierten Anlage ihrer Mittel sowie zur Steuerung vorhandener Zinsänderungsrisiken im Rahmen des Treasury-Prozesses.

Die strategische Ausrichtung ist in der Geschäftsstrategie und den Rahmenbedingungen für Handelsgeschäfte festgelegt. Danach ist ein wesentlicher Teil der Sparkassenmittel in zwei Spezialfonds angelegt. Handelsgeschäfte im Direktgeschäft beschränkt die Sparkasse auf den Erwerb von Anleihen und Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Emittenten und Kreditinstitute im OECD-Raum. Korrespondierend zu dieser Ausrichtung hat sich die Sparkasse als Nicht-Handelsbuchinstitut positioniert.

Der Vollständigkeit halber werden Adressenausfallrisiken aus Positionen in der Direktanlage auf Basis der Emissionsratings bzw. ersatzweise der Emittentenratings für Zwecke des Risikotragfähigkeitskonzeptes quantifiziert, obwohl diese nicht als wesentlich eingestuft sind. Mit Einführung von CPV-Light erfolgt die Quantifizierung im Laufe des Jahres 2017 mit diesem Tool. Der ermittelte Risikowert wird – wie im Vorjahr – dem Limit für Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften belastet.

4.2 Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken sind mögliche Ertragseinbußen, die sich aus der Veränderung der Marktpreise für Wertpapiere und Devisen, aus Schwankungen des Zinsniveaus und aus den daraus resultierenden Preisänderungen ergeben. Zusätzliche Risiken liegen in Positionen, deren Marktgängigkeit begrenzt ist.

Marktpreisrisiken können bei handelsrechtlicher Betrachtung zum Bewertungsstichtag am 31. Dezember eines jeden Jahres zu Abschreibungen oder am Tag der Realisation zu effektiven Verlusten führen. Wesentliche Marktpreisrisiken sind das Zinsänderungs-, Aktien-, Options-, und Währungsrisiko. Aktien-, Options- und Währungsrisiken werden lediglich im Rahmen eines Spezialfonds unter Beachtung der Anlagebedingungen eingegangen.

Spiegelbildlich zu den Marktpreisrisiken können sich auch Chancen aus der Entwicklung der Marktpreise für Wertpapiere und Devisen sowie aus Schwankungen des Zinsniveaus ergeben. Chancen zeigen sich vor allem in steigenden Kursen von Wertpapieren, die – wenn sie nicht realisiert werden – stichtagsbezogen zu stillen Reserven führen. Wie bereits unter C 2. ausgeführt, baut die Sparkasse keine Vermögenspositionen zur gezielten Ausnutzung erwarteter Marktentwicklungen auf.

4.2.1 Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Die Messung und Begrenzung von Marktpreisrisiken der Handelsgeschäfte innerhalb des Risikotragfähigkeitskonzeptes erfolgt nach dem Value-at-Risk-Ansatz (VaR-Ansatz). Der VaR wird für die Positionen während einer Haltedauer von 63 Tagen und einem Beobachtungszeitraum von 500 Handelstagen ermittelt. Das Konfidenzniveau beträgt 99%. Der VaR belastet das aus der Risikotragfähigkeitsberechnung zur Verfügung gestellte Limit.

Im System Simcorp Dimension (SCD) werden die Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften zusammengefasst und die Risiken werden innerhalb eines rollierenden 12-Monats-Zeitraumes betrachtet. Die ermittelten Risiken werden dem im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes festgelegten Sublimit belastet. Die Risikoauslastung lag im zurückliegenden Jahr bis auf eine Überschreitung zum 31.12.2016 innerhalb des Sublimits, die Warnschwelle von 85% wurde ebenfalls an diesem Stichtag überschritten. Der wesentliche Einflussfaktor war die deutlich gestiegene Volatilität an den Wertpapiermärkten. Der Entwicklung wurde durch eine Erhöhung des Limits Rechnung getragen. Für das laufende Jahr hat die Sparkasse daher keine Anhaltspunkte, dass die Warnschwelle oder das Limit erneut überschritten werden könnten.

4.2.2 Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs sind sowohl Gegenstand eines perioden- als auch wertorientierten Risikomanagementprozesses.

Impulse zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos gibt die wertorientierte Sicht nach dem VaR-Ansatz. Die Sparkasse berechnet im Rahmen des Performancekonzeptes monatlich den Barwert des Zinsbuches. Der VaR basiert auf einem Konfidenzniveau von 99% während einer Haltedauer der Positionen von 90 Tagen. Der Beobachtungszeitraum der historischen Simulation geht vom Jahre 2016 bis in das Jahr 1988 zurück.

Das statische Zinsänderungsrisiko (Overnight-Zinsanstieg) wird nach den aufsichtsrechtlichen Vorgaben anhand einer Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um +/- 200 Basispunkte ermittelt. Die Sparkasse berücksichtigt bei dieser Zinsrisikomessung die zinstragenden Positionen des Spezialfonds auf Basis des Ist-Cashflows und somit die tatsächliche zinsrisikobezogene Positionierung. Im Berichtsjahr wurde die Meldegrenze, ab der die Aufsicht bei Instituten ein erhöhtes Zinsänderungsrisiko sieht (Belastung der regulatorischen Eigenmittel größer 20,0%) nicht überschritten.

Die Steuerung orientiert sich an einer absoluten Obergrenze (Limit) für Zinsänderungsrisiken. Dieses Limit wurde im Berichtsjahr nicht überschritten. Daneben wird eine Benchmark nachrichtlich beobachtet. Zur Steuerung sind im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements bilanzwirksame Geschäfte oder Zinsswapgeschäfte vorgesehen. Im Berichtszeitraum hat die Sparkasse neue Swap- und Forward-Swap-Vereinbarungen zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen und einen Swap vorzeitig aufgelöst.

Auswirkungen der Steuerungsmaßnahmen auf die Ertragsentwicklung der Sparkasse werden als strenge Nebenbedingung beachtet. Insofern besteht eine enge Verzahnung der perioden- mit der wertorientierten Sicht; die periodenorientierte Sicht bildet die Grundlage für das Risikotragfähigkeitskonzept (siehe Punkt C 2.).

In der periodenorientierten Sicht wird das Zinsänderungsrisiko als Zinsspannenrisiko betrachtet. Das Zinsspannenrisiko ist definiert als negative Abweichung des Zinsüberschusses (Zinsergebnisses) von einem zuvor erwarteten Wert. Unter Berücksichtigung eines festgesetzten Risikoszenarios wird das periodische Zinsspannenrisiko quantifiziert.

Bei gegebenen Bilanzstrukturen des Zinsbuchs der Sparkasse kann sich aus der Entwicklung des Verlaufs der Zinsstrukturkurve für die Sparkasse auch die Chance ergeben, dass aus der Fristentransformation, die Teil des Geschäftsmodells der Sparkasse ist, höhere Strukturbeiträge erzielt werden, die – bei gegebenen Konditionenbeiträgen – zu einer Ausweitung der Zinsspanne führen.

Die ermittelten Risiken und die sich tatsächlich ergebenden negativen Abweichungen vom Planwert werden dem im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes festgelegten Sublimit belastet. Die Risikoauslastung lag im zurückliegenden Jahr – wie im Vorjahr – jederzeit innerhalb des Sublimits und unterhalb der Warnschwelle. Für das laufende Jahr hat die Sparkasse keine Anhaltspunkte, dass die Warnschwelle oder das Limit überschritten werden könnten.

4.3 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko umfasst das Risiko für die Sparkasse, ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen zu können. Darüber hinaus besteht als eine Ausprägung des Liquiditätsrisikos das Refinanzierungskostenrisiko. Dies umfasst das Risiko, das Refinanzierungen zu höheren als den erwarteten Kosten beschafft werden müssen.

AT 4.1 Tz. 4 MaRisk beinhaltet eine Öffnungsklausel, nach der Liquiditätsrisiken aufgrund ihrer Eigenart nicht bei der Ermittlung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt werden müssen. Da sich die Öffnungsklausel im Wesentlichen auf die Zahlungsfähigkeit erstreckt, das Refinanzierungskostenrisiko sich hingegen in der Regel nicht der Perspektive der Zahlungsfähigkeit zuordnen lässt, wird das Refinanzierungskostenrisiko in der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Darüber hinaus erfolgt vierteljährlich eine Ermittlung der Survival Period (SVP). Diese misst die „Überlebensdauer“ der Sparkasse bezüglich der Zahlungsfähigkeit auf Basis der Cashflows im Kunden- und Eigengeschäft.

Lagebericht

Zur Steuerung der Liquidität tätigt die Sparkasse Transaktionen auf dem Geldmarkt. Geschäftspartner sind in erster Linie die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) auf dem Gebiet der Anlage und Aufnahme von Tages- bzw. Termingeldern sowie die Bundesbank im Rahmen von Offenmarktgeschäften. Zur Begrenzung von Liquiditätsrisiken stehen der Sparkasse ausreichende Liquiditätsfazilitäten bei der Helaba und der Bundesbank zur Verfügung.

Neben den täglich verfügbaren Mitteln verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere liquide Mittel in Form von börsengehandelten Wertpapieren der Liquiditätsreserve, durch die die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sichergestellt ist. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um die Spezialfonds und um Inhaberschuldverschreibungen von Kreditinstituten, die dem Sparkassenverbund angehören.

Zur Beurteilung der Liquiditätssituation der Sparkasse werden verschiedene Szenarien simuliert, deren Ergebnisse in ein Frühwarnsystem („Ampelsystem“) einfließen. Auch unter Verwendung des Stress-Szenarios ist die Liquidität jederzeit gegeben. Die monatliche Überprüfung der Frühwarnindikatoren für Liquiditätsrisiken ergab keine Anzeichen zum Vorliegen eines Liquiditätsengpasses.

Die Liquidität war im vergangenen Jahr – wie in den Vorjahren – jederzeit gegeben. Es gibt keine Hinweise, dass im laufenden Jahr die Liquidität nicht zu jeder Zeit gegeben sein wird.

Formell wird die jederzeitige Zahlungsbereitschaft durch Erfüllung des Liquiditätsgrundsatzes in der Form dokumentiert, dass die Liquiditätskennziffer der Sparkasse deutlich über dem aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Mindestwert von 1,0 liegt. Ferner werden bei der Deutschen Bundesbank zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben unterhalten. Des Weiteren werden die formalen Anforderungen der LCR (nach delVO) erfüllt.

Die Quantifizierung des Refinanzierungskostenrisikos erfolgt mit Hilfe eines Liquiditätskostenverrechnungssystems (LVS) (einfaches Kostenverrechnungssystem gem. BTR 3.1 Tz. 5 MaRisk). Die Bewertung der Refinanzierungskosten erfolgt unter Berücksichtigung von Liquiditätsspreads und Volumen der Refinanzierungslücke. Die ermittelten Risiken werden dem im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes festgelegten Sublimit belastet. Die Risikoauslastung lag im zurückliegenden Jahr jederzeit innerhalb des Sublimits und unterhalb der Warnschwelle. Für das laufende Jahr hat die Sparkasse keine Anhaltspunkte, dass die Warnschwelle oder das Limit überschritten werden könnten.

4.4 Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind definiert als das Risiko von Verlusten infolge menschlichen Versagens, der Unzulänglichkeit von internen Prozessen und Systemen sowie externer Ereignisse.

Die Risikoerkennung erfolgt durch die Analyse von Fehlern in Arbeitsergebnissen sowie von Systemfehlern und -ausfällen der Datenverarbeitungs- und -informationstechnik. Unterstützend wirken in der Sparkasse implementierte Systeme, wie z.B. die Compliancefunktion gemäß MaRisk, das Beschwerdemanagement und die Gefährdungsanalyse zu sonstigen strafbaren Handlungen. Die aus der Ergebnisanalyse gewonnenen Erkenntnisse werden zur zukünftigen Risikovermeidung bzw. -minderung genutzt.

Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Begrenzung der Risiken umfassen insbesondere das interne Kontrollsystem, die Mitarbeiterqualifizierung, die Standardisierung von Prozessen in Form von Arbeitsanweisungen sowie die Verwendung rechtlich geprüfter Standardvordrucke im Kundengeschäft.

Auf dem Gebiet der Informationstechnologie und sonstiger Bereiche, beispielsweise in juristischen Belangen, wird von der Möglichkeit, externes Know-how hinzuzuziehen, Gebrauch gemacht. Darüber hinaus werden bei Einführung neuer Produkte oder Geschäfte in neuen Märkten Testphasen gemäß MaRisk durchgeführt.

Besonderes Augenmerk legt die Sparkasse auf Schutzmaßnahmen im Bereich der Datenverarbeitungs- und Informationstechnologie, für die eine spezielle Informationstechnologie-Strategie (IT-Strategie) besteht. Ziel der Maßnahmen ist die Vermeidung von Ausfällen von Software-, Hardware- und Netzwerkkomponenten, die Datensicherung, der Schutz vor unberechtigten Zugriffen sowie der Schutz vertraulicher Informationen.

Den speziellen Risiken der Datenverarbeitungs- und Informationstechnologie hat die Sparkasse durch Verabschiedung einer Informationssicherheitsrichtlinie sowie mit der Bestellung eines Informationssicherheitsbeauftragten Rechnung getragen.

Lagebericht

Darüber hinaus hat die Sparkasse Prozesse zur Nutzung der Instrumente „Schadensfalldatenbank“ und „Risikolandkarte“ implementiert, um die Erfassung von Schäden und eine Quantifizierung von Schadenspotenzial für Zwecke der Risikotragfähigkeitsberechnung zu institutionalisieren. Die Sparkasse quantifiziert die operationellen Risiken grundsätzlich auf Basis der Ergebnisse der Risikolandkarte. Um eine Risikounterzeichnung im Vergleich zu den Vorjahren zu vermeiden, wird in der Risikotragfähigkeitsberechnung ein Pauschalsatz in Relation zum Verwaltungsaufwand in Ansatz gebracht, solange die Ergebnisse der Risikolandkarte diesen unterschreiten.

Die ermittelten Risiken werden dem im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes festgelegten Sublimit belastet. Die Risikoauslastung lag im zurückliegenden Jahr – wie im Vorjahr – jederzeit innerhalb des Sublimits und unterhalb der Warnschwelle. Für das laufende Jahr hat die Sparkasse keine Anhaltspunkte, dass die Warnschwelle oder das Sublimit überschritten werden könnten.

4.5 Rechtsrisiken

Die Sparkasse hat zur Identifikation von Rechtsrisiken einen Prozess installiert, auf dessen Grundlage die Sparkasse entscheidet, ob sie von einem entsprechenden Rechtsrisiko betroffen ist und ob bzw. in welcher Höhe gegebenenfalls eine Rückstellung gebildet werden muss oder andere Maßnahmen erforderlich sind.

Aus strittigen Widerrufsbelehrungen im Rahmen von (Verbraucher-)Darlehensverträgen bei Kreditinstituten haben sich erwartungsgemäß keine nennenswerten Risiken ergeben.

4.6 Sonstige Risiken

Sonstige Risiken, wie z. B. Reputationsrisiken oder Geschäftsfeldrisiken (Absatzrisiken) sind grundsätzlich relevant, aber nicht quantifizierbar. Eine weitergehende Berücksichtigung im Risikotragfähigkeitskonzept erfolgt daher nicht.

Im zurückliegenden Jahr sind keine Ereignisse eingetreten, die unter „sonstige Risiken“ hätten subsumiert werden müssen. Auch für das laufende Jahr sind keine Umstände bekannt, die zu einer Belastungssituation in dem vorgenannten Sinne führen könnten.

5. Art und Umfang der Risikoberichte und/oder des Managementinformationssystems

Vorstand und Verwaltungsrat bzw. der von ihm gebildete Risikoausschuss werden über die Risikosituation vierteljährlich schriftlich in Form des Gesamtrisikoberichts unterrichtet. Der Gesamtrisikobericht umfasst Aussagen über die Entwicklung der wesentlichen Risiken, die Risikotragfähigkeit der Sparkasse bzw. die Limitauslastungen und das Risikoprofil der Sparkasse. Ergänzend zum beschreibenden Teil enthält der Gesamtrisikobericht Handlungsempfehlungen zur Risikosteuerung.

Neben dem vierteljährlichen Gesamtrisikobericht werden die Limitauslastungen zu den wesentlichen Risiken im monatlichen Vorstandsreport mitgeteilt. Risiken aus Handelsgeschäften werden in SimCorp Dimension (SCD) betrachtet und anhand des Value at Risk (VaR) täglich überwacht und bewertet.

Überschreitet die Limitauslastung einen bestimmten Schwellenwert oder das Limit selbst, sind durch den Vorstand Entscheidungen über die weitere Vorgehensweise zu treffen und zu dokumentieren.

Zusätzlich zu den turnusmäßigen Risikoberichten sind Regeln in der Sparkasse verankert, die differenziert nach Risiken und Ereignissen Ad-hoc-Berichterstattungen an die Revision, den Vorstand oder den Verwaltungsrat vorsehen. Im Berichtsjahr erfolgten insgesamt sechs adhoc-Meldungen in den Bereichen Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken und operationelle Risiken.

Des Weiteren berichtet die Interne Revision über die Ergebnisse ihrer Prüfungen des Risikomanagementsystems.

6. Zusammenfassende Darstellung

Risiken der Sparkasse werden im Rahmen eines umfassenden Risikomanagementsystems identifiziert, erfasst und gesteuert. Das integrierte Risikotragfähigkeitskonzept stellt alle quantifizierbaren wesentlichen Risiken, für die von einem Gesamtbanklimit Einzellimite abgeleitet werden, dem Risiko- deckungskapital der Sparkasse gegenüber. Im zurückliegenden Jahr kam es im Rahmen der monatlichen Überwachung zu keiner Zeit zu Überschreitungen des Gesamtbanklimits und an einem Stichtag zur Überschreitung eines Sublimits und der zugehörigen Warnschwelle. Die Warnschwelle des Gesamtbanklimits wurde – wie im Vorjahr – zu keiner Zeit überschritten. Im Bereich der Sublimite wurde die Warnschwelle an zwei weiteren Stichtagen überschritten.

Die Risikotragfähigkeit war im Jahre 2016 zu jeder Zeit gegeben. Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus den Stress-Szenarien hat sich die Risikotragfähigkeit für 2016 als belastbar erwiesen.

Auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzeptes – auch unter Berücksichtigung von Stress-Szenarien – ist die Risikotragfähigkeit für das laufende Jahr festgestellt worden.

Chancen aus Vermögenspositionen werden bereits im Wesentlichen in der Gewinn- und Verlustrechnung als Erträge abgebildet. Darüber hinausgehende Chancen können sich ergeben aus Vermögenspositionen, die einer Marktpreisbildung unterliegen, und der Entwicklung des Verlaufs der Zinsstrukturkurve, die aus der Fristentransformation zu zusätzlichen Strukturbeiträgen führen kann.

Die potenzielle Risikotragfähigkeit wird auch künftig insofern beeinflusst, als für die Anforderungen zur Erfüllung der MaRisk-Säule 2 zur Verfügung stehendes Risikodeckungspotenzial tendenziell für die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen zur Erfüllung der CRR/GroMiKV benötigt wird. Durch den Aufbau des Kernkapitalpuffers kann dieser Effekt verstärkt werden. Dieser Wirkungszusammenhang ist im Gewinnbedarf der Sparkasse in den nächsten Jahren berücksichtigt.

D. Prognosebericht

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Daher können die tatsächlich in der Zukunft eintretenden Ergebnisse von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Diesen Unwägbarkeiten begegnet die Sparkasse, indem Ist-Entwicklungen – sofern wesentlich für den Geschäftsgang der Sparkasse – fortlaufend Eingang in den Risikomanagement- und Prognoseprozess finden.

1. Wirtschaftliche Situation

Die Ausgangslage auf Basis der Daten des vergangenen Jahres kann für Deutschland durchaus positiv bewertet werden. Ein solides BIP-Wachstum von 1,9%, die gestiegene Beschäftigung, die gesunkene Arbeitslosigkeit, ein Plus im Staatshaushalt. Einige Rahmenbedingungen haben sich jedoch im Verlauf des letzten Jahres verschlechtert. Vor allem sind die politischen Risiken (inkl. Terrorgefahr) größer geworden. Die aktuellen Stimmungsindikatoren von ifo und ZEW zeigen daher auch eine gewisse Unsicherheit über die künftige konjunkturelle Entwicklung bei einer gleichzeitig positiven Einschätzung der aktuellen Situation. Die aktuelle Lage wurde dabei zuletzt im August 2011 so gut beurteilt wie im Februar 2017.

Das mit 1,3% prognostizierte **Wachstum** wird in diesem Jahr erneut von der starken inländischen Nachfrage getrieben. Gemäß der Prognose des IWH werden alle inländischen Verwendungskomponenten positiv zum Wachstum beitragen. Den höchsten Wachstumsbeitrag erwarten die Wirtschaftsforscher von den privaten und staatlichen Konsumausgaben. Auch vom gestiegenen **(nominalen) Volkseinkommen** bzw. vom verfügbaren Einkommen werden in 2017 voraussichtlich positive Impulse ausgehen. Insgesamt stehen unter Berücksichtigung der Inflation (~ 1,5%) im laufenden Jahr mehr Mittel für den Konsum und/oder das Sparen zur Verfügung. Die Wirtschaftsforscher prognostizieren eine Sparquote zwischen 9,5% und 9,8%, die somit auf einem ähnlichen Niveau wie 2016 (9,7%) verweilen wird.

Auch die **gute Arbeitsmarktsituation** fördert den privaten Konsum. Dementsprechend wird ein weiterer Anstieg der privaten Konsumausgaben erwartet, allerdings dürfte der Zuwachs mit prognostizierten Werten zwischen 1,2% und 1,5% geringer ausfallen als im Vorjahr.

Letztendlich werden auch die **Investitionen** das Wachstum im laufenden Jahr weiter beflügeln. Die Prognosen der Wirtschaftsforscher für die jahresdurchschnittliche Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen, Ausrüstungsinvestitionen und Bauinvestitionen liegen allerdings mit Wachstumsraten zwischen 0,9% und 3,1% relativ weit auseinander.

Nach dem hohen **Finanzierungsüberschuss** des Staates in 2016 wird für 2017 ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Auf dem **Arbeitsmarkt** wird sich die positive Entwicklung voraussichtlich weiter fortsetzen. Dabei wird sich zwar die Anzahl der Beschäftigten weiter erhöhen, die Arbeitslosigkeit durch den Zustrom weniger qualifizierter Arbeitskräfte aber nicht im gleichen Umfang reduzieren.

Die Verbraucherpreise in Deutschland werden im laufenden und kommenden Jahr voraussichtlich deutlich stärker ansteigen als in den vergangenen Jahren. Die Prognosen zum Jahreswechsel (d.h. im Dezember veröffentlicht) liegen zwischen 1,3% und 1,6% für 2017 und 1,5% – 2,0% im kommenden Jahr. Wesentliche Ursache ist die Energiepreisentwicklung. Damit nähert sich die Inflationsrate deutlich der EZB-Zielmarke von knapp 2% an.

2. Entwicklung der Kreditwirtschaft

Die Herausforderungen für die Sparkassen und Banken wie das aktuelle Niedrigzinsumfeld, der zunehmende Wettbewerb mit zum Teil deutlich rückläufigen Margen und die fortschreitende Digitalisierung werden in den nächsten Jahren weiter zunehmen.

Vor allem das weiter fortdauernde Niedrigzinsumfeld wird den Druck auf die Erträge der Banken weiter verschärfen. Der Zinsaufwand kann aufgrund der Struktur der Verbindlichkeiten in den nächsten Jahren nur noch marginal gesenkt werden, während der Zinsertrag aufgrund auslaufender langfristiger Festzinsbindungen deutlicher zurückgehen wird. Die Auswirkungen der niedrigen Zinsen auf die Ertragslage werden sich daher verschärfen, wie eine Umfrage der Bundesbank zu den Folgen des Nied-

rigzinsumfeldes aufzeigt. Dadurch steigen die Risiken für die Stabilität des Bankensektors, je länger das Niedrigzinsumfeld anhält.

Der Finanzstabilitätsbericht 2016 der Bundesbank weist deutlich auf die gestiegenen Risiken vor allem aus der Fristentransformation hin, die die Kreditinstitute gegenüber künftigen Zinserhöhungen verwundbarer machen kann.

Die Kapitalausstattung der Kreditinstitute wird durch SREP-Kapitalzuschläge individuell belastet. Die BaFin hatte in 2016 ungefähr 370 deutschen Kreditinstituten die individuellen Kapitalzuschläge mitgeteilt. Die Schreiben für die noch ausstehenden ca. 1.000 deutschen Kreditinstitute werden in 2017 zugestellt.

Insgesamt ist zu konstatieren, dass durch die globale Regulierung und das europäische Aufsichtsregime des Bankensektors die Wettbewerbsbedingungen weiter vereinheitlicht werden.

Der Finanzstabilitätsbericht weist darüber hinaus darauf hin, dass der Trend zur Digitalisierung unter anderem durch technologische Finanzinnovationen im Finanzsektor seinen Niederschlag findet. Diese Innovationen haben das Potenzial, die Art der Erfüllung von Kernfunktionen des Finanzsystems zu verändern.

Begegnen wird die Mehrzahl der Kreditinstitute dem steigenden Ertragsdruck zudem mit Maßnahmen zur Kostensenkung. So stehen weitere Konsolidierungen der Bankfilialen ebenso im Fokus wie eine zunehmende Automatisierung von Standardprozessen und einer damit einhergehenden Verringerung der Komplexität in den betreffenden Prozessen.

3. Entwicklung der Stadtsparkasse Bad Honnef

3.1. Geschäftsentwicklung

Die Sparkasse rechnet für 2017 mit einem weiter rückläufigen Geschäftsvolumen, jedoch mit einer im Vergleich zu 2016 verminderten Dynamik. Beim Kreditvolumen wird ein Rückgang von 2,0% prognostiziert, da voraussichtlich auch in 2017 im Bereich der privaten Baufinanzierungen der Trend anhalten wird, auslaufende Zinsvereinbarungen zur Darlehensrückführung zu nutzen. Der zunehmend ausgeschöpfte Wohnimmobilienmarkt im Geschäftsgebiet bietet voraussichtlich nur teilweise Kompensationsmöglichkeiten durch das Neugeschäft. Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und wirtschaftlich Selbständigen geht die Sparkasse wie im Vorjahr von einer mangelnden Prosperität aus. Diese Erwartung wird gestützt durch die im Wirtschaftslagebericht der IHK Bonn /Rhein-Sieg dargestellten schwächeren Zukunftsaussichten für die Region, die dazu führen, dass Investitionen vorsichtiger geplant werden.

Für das Einlagengeschäft prognostiziert die Sparkasse für das Jahr 2017 weiter ansteigende Bestände, wobei die Präferenz der Kunden für liquiditätsnahe Anlagen anhalten und sich die Einlagenstruktur wie schon in den Vorjahren zulasten der Spareinlagen weiter deutlich in täglich fällige Anlagen verschieben wird.

Gleichzeitig geht die Sparkasse davon aus, dass sich durch die anhaltende Niedrigzinsphase der Trend, auch Wertpapiere in das Anlageportfolio aufzunehmen, verstärken wird. Hieraus leitet die Sparkasse die Erwartung ab, dass sich die Wertpapierbestände der Kunden leicht erhöhen werden.

3.2. Ertragsentwicklung

Die anhaltende Niedrigzinsphase wird 2017 den Zinsertrag durch auslaufende Festzinsvereinbarungen erneut absinken lassen. Der Wettbewerb um Kundenkredite hat sich in den letzten Monaten verstärkt und belastet zusätzlich die im Kundengeschäft erzielbaren Konditionsbeiträge. Der Zinsaufwand kann 2017 reduziert werden und wird einen Teil des rückläufigen Zinsertrages kompensieren. Dies resultiert aus in 2016 in erheblichem Umfang fällig gewordenen längerfristigen Spareinlagen, die noch mit höheren Zinssätzen ausgestattet waren. Aufgrund der erwarteten Bestandsveränderungen im Kundengeschäft und der Wettbewerbssituation rechnet die Sparkasse für das Jahr 2017 mit einem Zinsüberschuss zwischen 8,2 Mio. € und 8,5 Mio. €.

Auch wenn das Zinsniveau anziehen und/oder die Zinsstrukturkurve einen steileren Verlauf einnehmen sollte, geht die Sparkasse davon aus, dass der Rückgang der Zinsspanne in der Grundtendenz weiter anhalten wird.

Lagebericht

Die Sparkasse legt daher weiterhin ein Hauptaugenmerk auf die Stärkung des Provisionsgeschäfts. Chancen zum weiteren Ausbau des Provisionsgeschäfts sieht die Sparkasse vor allem in bereits bestehenden Geschäftsverbindungen, ohne darüber die Neukundenakquise zu vernachlässigen. Mit dem Sparkassen-Finanzkonzept bietet die Sparkasse eine ganzheitliche und lebensphasengerechte Beratung an, über die sie an den Kundenbedürfnissen ausgerichtete Angebote unterbreitet. Die Sparkasse erwartet einen vorrangig durch die Zahlungsverkehrserträge getragenen moderaten Anstieg des Provisionsüberschusses.

Im Qualitätswettbewerb setzt die Sparkasse auf nachhaltige Kundenzufriedenheit, um so die Kunden vor Wettbewerbern abzusichern und die Produktnutzungsquoten zu erhöhen. Dazu ist einerseits der Ausbau des digitalen Vertriebes vorgesehen, um gleichzeitig die Kapazitäten für eine umfassende Kundenberatung sicherzustellen.

Die Verwaltungskosten werden im Jahr 2017 mit 10,5 Mio. € bis 10,6 Mio. € annähernd auf Vorjahresniveau liegen. Die in den Vorjahren aufgesetzten Effizienzsteigerungsmaßnahmen konnten in 2016 ihre Wirkung entfalten und damit die geplanten Entlastungspotentiale generieren. Für die Folgejahre wird es nun Zielsetzung sein, die belastend wirkenden Preis- und Tarifsteigerungen sowie die zusätzlichen Kosten durch weiter ansteigende aufsichtsrechtliche Regelungen durch die Erschließung weiteren Potentials für Personal- und Sachkostensenkungen auffangen zu können.

Als Resultat der Entwicklung der verschiedenen Einflussgrößen plant die Sparkasse mit einem im Vergleich zu 2016 niedrigeren Betriebsergebnis zwischen 1,6 Mio. € und 1,8 Mio. €. Die Sparkasse hält jedoch Planabweichungen – wie im Vorjahr – aufgrund von unerwarteten Schwankungen externer Faktoren, die außerhalb der Einflussmöglichkeiten der Sparkasse liegen, für nicht ausgeschlossen.

3.3. Risikoentwicklung

Bei dem Niveau des erwarteten Betriebsergebnisses wird die Deckung des auf das Jahr 2017 entfallenden Gewinnbedarfs zur planmäßigen Erfüllung der Eigenkapitalanforderungen aus der CRR wieder in besonderer Weise vom Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft abhängen. Abweichend von dem für Zwecke der Risikotragfähigkeit nach mathematisch-statistischen Methoden und für Zwecke der Prognoserechnung aus einer langjährigen Zeitreihe ermittelten Erwartungswerte für Verluste im Kreditgeschäft mit Kunden sieht die Sparkasse Raum für ein signifikant günstigeres Bewertungsergebnis Kredit. In dieser Einschätzung sieht sich die Sparkasse durch die Vorjahresergebnisse, die allgemeine robuste Wirtschaftslage und die aus der Analyse aktuellerer Kreditnehmerunterlagen gewonnenen Eindrücke bestätigt.

Das Bewertungsergebnis Wertpapiere wird aufgrund der volatilen Rentenmärkte und der niedrigen Renditen der Eigenanlagen für das Jahresergebnis voraussichtlich erneut einen negativen Beitrag liefern. Belastend wirkt sich zudem aus, dass in den Spezialfonds die ordentlichen – auszuschüttenden – Erträge über der Gesamtpformance der Fonds liegen. Die Sparkasse hat zur Deckung von Wertberichtigungsbedarf auf den Wertpapierbestand Vorsorgereserven nach § 340 f HGB reserviert.

Zukünftige Bewertungsmaßnahmen bei den von der Sparkasse eingegangenen Verbundbeteiligungen sind nicht auszuschließen, aber der Höhe nach nicht prognostizierbar.

Die Sparkasse ist verpflichtet, aus den Gewinnen, die sie erwirtschaftet, über den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB Rücklagen für die Umsetzung der Maßnahmen zur Abwicklung der ehemaligen WestLB AG bzw. für die anteiligen Risiken der Ersten Abwicklungsanstalt (EAA) zu bilden. Nachdem die Überprüfung des Vorsorgebedarfs in 2016 ergeben hat, dass die Voraussetzungen für eine Aussetzung der Rückstellungen zum 31.12.2015 erfüllt waren, geht die Sparkasse auch für das Jahr 2017 von einer fortdauernden Aussetzung aus.

3.4. Fazit

Nach heutiger Einschätzung ist somit ein Jahresergebnis zu prognostizieren, das – unter Ansatz der ermittelten erwarteten Verluste – deutlich unterhalb des im Vorjahr erreichten Wertes liegen wird. Unter Berücksichtigung des prognostizierten Betriebsergebnisses und eines vom berechneten Erwartungswert für Verluste im Kreditgeschäft mit Kunden positiv abweichenden Bewertungsergebnisses ist diese Einschätzung insofern zu relativieren, als es mit Blick auf das erwartete Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft nicht notwendig sein wird, die prophylaktisch reservierten Vorsorgereserven nach § 340 f HGB aufzulösen. Der Jahresüberschuss wird unter Berücksichtigung dieser Einschätzung bei ca. 0,3 Mio. € und damit unter dem des Jahres 2016 liegen.

Mit Eintritt dieser Erwartung und des vorhandenen Risikodeckungskapitals sieht sich die Sparkasse in der Lage, die ihrem Geschäft immanenten Risiken zu tragen. Vor dem Hintergrund der Eigenmittelanforderungen aus CRR wird auch perspektivisch ein besonderes Augenmerk auf die Fähigkeit der Sparkasse zu legen sein, die Eigenmittel aus Jahresüberschüssen nachhaltig zu stärken.

Bad Honnef, 31.03.2017



Schlüter



Alfs

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat hat im Geschäftsjahr 2016 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen, insbesondere die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht sowie ihn in wichtigen Fragen beraten.

Der Vorstand informierte den Verwaltungsrat laufend schriftlich und mündlich in insgesamt sieben Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Risikolage und das Risikomanagement der Stadtparkasse Bad Honnef.

Aktuelle Einzelfragen wurden in regelmäßigen Gesprächen zwischen dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates und der Vorsitzenden des Vorstandes der Stadtparkasse erörtert.

Die nach den Vorschriften der Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Kreditinstitute (MaRisk) regelmäßig an das Aufsichtsgremium zu erstattenden vierteljährlichen Gesamtrisikoberichte waren Gegenstand ausführlicher Erörterungen in den Sitzungen des Risikoausschusses, über die der Vorsitzende des Risikoausschusses anschließend im Verwaltungsrat berichtet hat.

Der in einer freiwilligen Selbstverpflichtung vereinbarte Corporate Governance Kodex, wonach u.a. der Verwaltungsrat die Richtlinien der Geschäftspolitik und der Vorstand die strategische Ausrichtung der Sparkasse bestimmt, wurde im Jahr 2016 in der Zusammenarbeit zwischen Verwaltungsrat und Vorstand beachtet.

Der Verwaltungsrat hat sich auf Basis von Vorstandsvorlagen intensiv mit der Zukunftsfähigkeit der Sparkasse vor dem Hintergrund der aufsichtsrechtlich getriebenen regulatorischen Entwicklungen und des Niedrigzinsumfeldes befasst sowie insbesondere die geplanten erhöhten Eigenkapitalanforderungen nach Basel III und die Bedingungen, unter denen diese Anforderungen erfüllt werden können, erörtert.

Die Weiterbildung von Mitgliedern des Verwaltungsrates wurde durch die Teilnahme an verschiedenen Seminarveranstaltungen des RSGV und einer Inhouseschulung fortgesetzt.

Die Prüfungsstelle des RSGV hat den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2016 geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verwaltungsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Lagebericht gebilligt und den Jahresabschluss 2016 festgestellt.

Der Vertretung des Trägers empfiehlt der Verwaltungsrat, den Bilanzgewinn in Höhe von € 467.789,53 in die Sicherheitsrücklage einzustellen.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die erfolgreiche Arbeit im abgelaufenen Jahr.

Bad Honnef, 02. August 2017

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates



Dr. Christian Kunze

Vorstand

Dorit Schlüter, Vorsitzende
Mathias Alfs, Mitglied

Verwaltungsrat

Vorsitzendes Mitglied:
Dr. Christian Kunze

Direktor a.D. DSGV

1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds:
Werner Sünnen

Pensionär

2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds:
Karl-Heinz Dißmann

Kaufmann i.R.

Mitglieder

Dr. Christian Kunze
Sebastian Wolff
Klaus Döhl
Jörg Pütz
Werner Sünnen
Gisela Zierau
Karl-Heinz Dißmann
Dagmar Ludzay
Eberhard Bialkowski
Michael Oswald
Manfred Rauw
Michael Degen bis 29.09.2016
Andreas Lahr ab 27.10.2016
Norbert Wester

Direktor a.D. DSGV
Wissenschaftlicher Mitarbeiter (MdEP)
Immobilienkaufmann / Selbständig
Geschäftsführer / Angestellter
Pensionär
Rentnerin
Kaufmann i.R.
Wissenschaftl. Mitarbeiterin / DLR
Rentner
Lehrer / Beamter
Ministerialrat a.D.
Bankkaufmann / Sparkassenangestellter
Bankkaufmann / Sparkassenangestellter
Bankkaufmann / Sparkassenangestellter

Beanstandungsbeamter

Otto Neuhoff

Bürgermeister

Vertreterin im Amt:
Sigrid Hofmans

Stadtkämmerin

Stellvertreter

Alexander Rettig
Folkert Milch
Claudia Horn
Wolfram Freudenberg
Jörg Heinzelmann
Hans-Heribert Krahe
Hansjörg Tamoj
Claudia Kreuder
Christian Krause
Wilhelm Dreskornfeld
Andreas Lahr bis 27.10.2016
Michael Degen ab 27.10.2016
Andrea Zimmermann

Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Rechtsanwalt / Selbständig
Ministerialdirektorin
Architekt / Selbständig
Pensionär
Techn. Angest. / Fachkraft Arbeitssicherheit
Rechtsanwalt / Selbständig
Vertretungsprofessorin FH Köln
Kaufmännischer Angestellter
Rentner
Bankkaufmann / Sparkassenangestellter
Bankkaufmann / Sparkassenangestellter
Bankkauffrau / Sparkassenangestellte

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2016



der Stadtsparkasse Bad Honnef

Land Nordrhein-Westfalen

Der in diesem Jahresbericht veröffentlichte Jahresabschluss enthält die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung.

Der vollständige, der gesetzlichen Form entsprechende und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes versehene Jahresabschluss wird im „Elektronischen Bundesanzeiger“ veröffentlicht.

		EUR	EUR	EUR	31.12.2015 TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			4.158.896,55		3.616
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			8.547.888,58		4.417
				12.706.785,13	8.033
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen			0,00		0
b) Wechsel			0,00		0
				0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			6.755.752,30		465
b) andere Forderungen			15.040.171,23		38.024
				21.795.923,53	38.488
4. Forderungen an Kunden				284.344.979,68	312.197
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	185.063.139,17 EUR				(182.699)
Kommunkalkredite	9.386.371,22 EUR				(26.204)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR				(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00			0
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR				(0)
			0,00		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR				(0)
bb) von anderen Emittenten		25.065.668,41			20.121
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	15.117.712,85 EUR				(20.121)
			25.065.668,41		20.121
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00		0
Nennbetrag	0,00 EUR				(0)
				25.065.668,41	20.121
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				109.070.318,48	103.717
6a. Handelsbestand				0,00	0
7. Beteiligungen				7.588.314,32	7.274
darunter:					
an Kreditinstituten	0,00 EUR				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 EUR				(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				0,00	0
darunter:					
an Kreditinstituten	0,00 EUR				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 EUR				(0)
9. Treuhandvermögen				1.174,14	2
darunter:					
Treuhandkredite	1.174,14 EUR				(2)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00			0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			5.518,00		6
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			0,00		0
				5.518,00	6
12. Sachanlagen				4.227.577,00	4.466
13. Sonstige Vermögensgegenstände				1.476.079,32	1.367
14. Rechnungsabgrenzungsposten				39.080,16	58
Summe der Aktiva				466.321.418,17	495.729

	EUR	EUR	EUR	31.12.2015 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		1.147.884,74		6.312
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		24.995.188,44		57.310
			26.143.073,18	63.622
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	109.930.115,65			125.407
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	3.528.637,41	113.458.753,06		4.830
				130.237
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	270.322.136,84			243.696
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	13.313.584,08			12.924
		283.635.720,92		256.620
			397.094.473,98	386.857
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		252.561,64		253
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00		0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00 EUR			(0)
			252.561,64	253
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			1.174,14	2
darunter:				
Treuhandkredite	1.174,14 EUR			(2)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			483.982,72	648
6. Rechnungsabgrenzungsposten			57.747,81	83
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		5.345.020,00		5.085
b) Steuerrückstellungen		0,00		401
c) andere Rückstellungen		1.706.454,60		2.552
			7.051.474,60	8.037
8. (weggefallen)				
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			3.064.707,80	4.581
10. Genussrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			7.718.000,00	7.659
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	23.986.432,77			23.402
		23.986.432,77		23.402
d) Bilanzgewinn		467.789,53		584
			24.454.222,30	23.986
Summe der Passiva			466.321.418,17	495.729
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		4.678.904,74		5.662
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00		0
			4.678.904,74	5.662
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		17.514.407,01		15.455
			17.514.407,01	15.455

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016**

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2015 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	11.154.171,18			12.902
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,00 EUR			(0)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	223.801,28			283
		11.377.972,46		13.185
2. Zinsaufwendungen		5.345.442,46		7.106
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	196.024,92 EUR			(699)
			6.032.530,00	6.080
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		2.305.349,71		2.506
b) Beteiligungen		125.634,70		165
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		0
			2.430.984,41	2.671
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		4.120.862,35		4.049
6. Provisionsaufwendungen		328.218,99		374
			3.792.643,36	3.675
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
darunter: Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,00 EUR			(0)
8. Sonstige betriebliche Erträge			415.234,74	274
aus der Fremdwährungsumrechnung	0,00 EUR			(0)
aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,00 EUR			(0)
9. (weggefallen)			12.671.392,51	12.699
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	5.333.335,17			5.538
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.811.561,76			1.198
darunter: für Altersversorgung	900.146,88 EUR			(258)
		7.144.896,93		6.735
b) andere Verwaltungsaufwendungen		3.104.936,67		3.343
			10.249.833,60	10.079
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			316.215,27	332
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			118.983,09	234
aus der Fremdwährungsumrechnung	0,00 EUR			(0)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	2.890,79 EUR			(0)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		1.682.797,47		1.150
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		0
			1.682.797,47	1.150
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		5.389,86		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00		539
			5.389,86	539
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			59.000,00	541
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			239.173,22	902
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	0,00 EUR			(0)
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		85
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	0,00 EUR			(85)
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	85
23. Erträge aus Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (Vj: Aufwendungen)		250.052,22		215
darunter: Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB	0,00 EUR			(0)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		21.435,91		17
			228.616,31	232
25. Jahresüberschuss			467.789,53	584
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			467.789,53	584
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,00			0
b) aus anderen Rücklagen	0,00			0
			0,00	0
			467.789,53	584
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage	0,00			0
b) in andere Rücklagen	0,00			0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			467.789,53	584